SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE DER PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE DER STADT NEUMÜNSTER

DANA BREIDSCHEID UND SABINE BEHN

Stand Juni 2026

BERLIN 2026

CAMINO

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Neumünster

https://pfd-nms.de/

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE

INHALT

1 EINLEITUNG 5

2 METHODISCHES VORGEHEN 6

3 DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE 8

4 RAUMKONTEXT DER STADT NEUMÜNSTER 10
- 4.1 Bevölkerungsstruktur 10
- 4.2 Bürgermeister- und Kommunalwahlen 15
- 4.3 Bundestagswahl 2021 und 2025 17
- 4.4 Rechtsextreme Einstellungen in Schleswig-Holstein 17
- 4.5 Politisch motivierte Kriminalität und rechte Gewalt 19

5 HERAUSFORDERUNGEN UND ANSÄTZE 22
- 5.1 Rechtsaußen Parteien und Jugendorganisationen 22
- 5.2 Folgen des Rechtsrucks in Neumünster 24
- 5.3 Engagement gegen den Einfluss von Rechtsaußen 26
- 5.4 Vertrauen in Kommunale Institutionen und Politik 28
- 5.5 Stärkung demokratischer Beteiligung 30

6 RESSOURCEN IN DER STADT NEUMÜNSTER 34

7 STRATEGIEN, BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN 36

8 ANHANG 39

9 QUELLEN UND LITERATUR 40

1 EINLEITUNG

Mit den Partnerschaften für Demokratie (PfD) erhalten Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten zur Förderung von Demokratie und Vielfalt sowie zur Stärkung der Extremismusprävention vor Ort. Partizipativ und gemeinwesenorientiert entwickeln Akteur*innen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie der engagierten Zivilgesellschaft Lösungsstrategien für lokale Herausforderungen und Problemlagen. Tragend ist dabei der Leitgedanke, durch Partizipation und Vernetzung das Zusammenwirken unterschiedlicher zivilgesellschaftlich und demokratisch aktiver Menschen vor Ort zu stärken.

In der Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben“ sind alle Partnerschaften für Demokratie aufgefordert, eine Situations- und Ressourcenanalyse zu erstellen. Die Stadt Neumünster hat Camino beauftragt, diese umzusetzen. Die Analyse hat das Ziel, in Rücksprache mit der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Neumünster und unter Beteiligung der Akteur*innen vor Ort die lokalen Problemlagen in Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen) zu identifizieren sowie vorhandene Ressourcen und Bedarfe darzulegen. Mit der Situations- und Ressourcenanalyse wird eine Grundlage für die weitere bedarfsorientierte strategische Zielentwicklung und das Handlungskonzept der Partnerschaft für Demokratie gelegt.

Die Analyse ist multiperspektivisch angelegt und basiert auf der Annahme, dass die unterschiedlichen Akteur*innen vor Ort Expert*innen für die Problemlagen sind, die sich in der Stadt Neumünster zeigen. Ihre Einbindung fördert die lokale Reflexion über Herausforderungen, Ressourcen und Bedarfe, die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit sowie eine koordinierte und vernetzte Maßnahmenplanung im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. Grundlage der vorliegenden Analyse sind deswegen die Fachexpertise und die Einschätzungen von Fachkräften und Expert*innen der Stadt Neumünster. Dabei wurden hauptamtliche Fachkräfte aus unterschiedlichen Handlungsfeldern ebenso berücksichtigt wie ehrenamtlich engagierte Personen, die sich in Netzwerken, Bündnissen oder Vereinen für ein demokratisches Zusammenleben vor Ort einsetzen.

Nach einer kurzen Skizzierung von Fragestellungen und Methodik gibt der Bericht einen Überblick über den Raumkontext der Stadt Neumünster anhand von quantitativ abbildbaren Indikatoren. Hierzu gehören Kennzahlen zur demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung, zu politischen Einstellungsmustern und zum Wahlverhalten sowie zum Vorkommen politisch motivierten Kriminalität. Anschließend widmet sich der Bericht den aktuellen Herausforderungen und Ansätzen in der Stadt Neumünster. Einerseits werden hier gegenwärtige Aktivitäten und Strategien der extremen Rechten dargelegt. Andererseits wird auf Herausforderungen und Bedarfe zur Förderung demokratischer Beteiligung eingegangen. Die vorhandenen Ressourcen der Stadt Neumünster zur Bearbeitung der dargelegten Problemlagen werden in einem gesonderten Abschnitt identifiziert. Zentrale Erkenntnisse sowie Handlungsbedarfe werden abschließend zusammengefasst und unter Rückgriff auf bereits vorhandene Handlungsansätze diskutiert. Darauf aufbauend werden Empfehlungen formuliert.

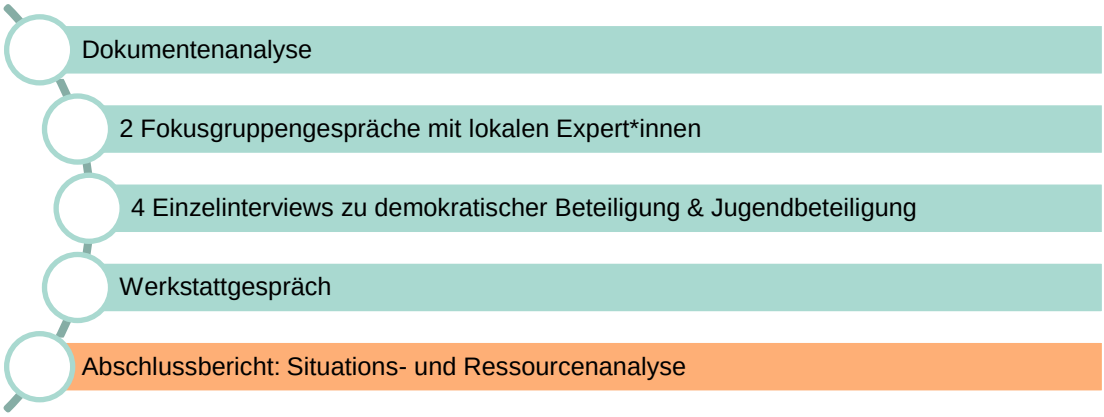
2 METHODISCHES VORGEHEN

Fragestellungen und Schwerpunkte

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse orientiert sich inhaltlich an einem durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgegebenen Fragenkatalog. Er umfasst insgesamt elf Fragen zur Situation, den Problemen und Herausforderungen sowie den Ressourcen, Bedarfen und Potenzialen (siehe Anhang). Darüber hinaus sind in Abstimmung mit der Partnerschaft für Demokratie, speziell dem federführenden Amt sowie der Koordinierungs- und Fachstelle (siehe Abschnitt 3), die Schwerpunktthemen „Rechtsextremismus“ und „Demokratische Beteiligung“ formuliert worden.

Zur Beantwortung des Fragenkatalogs und zur Bearbeitung der Schwerpunktthemen ist ein multimethodisches und mehrperspektivisches Design gewählt worden, das eine Dokumentenanalyse, Fokusgruppendiskussionen und Einzelinterviews umfasst. Die in diesen Analyseschritten gewonnen Erkenntnisse wurden in einem Werkstattgespräch validiert und ergänzt. Der Umsetzungsprozess der Situations- und Ressourcenanalyse erfolgte in enger Abstimmung mit dem federführenden Amt sowie der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie.

Abbildung 1: Übersicht zu den Erhebungsschritten der Situations- und Ressourcenanalyse



Quelle: Eigene Darstellung.

Dokumentenanalyse

Daten der kommunalen Statistikstelle der Stadt Neumünster sowie des Statistikamts Nord bilden die Grundlage für Aussagen zum Raumkontext. In die Dokumentenanalyse sind zudem Daten zum Wahlverhalten sowie Berichte des Verfassungsschutzes Schleswig-Holstein aufgenommen worden. Die Darstellung von rechtsmotivierter Hasskriminalität sowie Gewalt basiert auf einer statistischen Auswertung Kleiner Anfragen des Landtages Schleswig-Holstein. Ergänzend wurden die dokumentierten Fallzahlen der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (ZEBRA) sowie durch den Landespräventionsrat Schleswig-Holstein in Auftrag gegebene Regionalanalysen zur Verbreitung rechtsextremer Einstellungen berücksichtigt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse werden im Zuge der Darstellung zum Raumkontext dargestellt.

Fokusgruppendiskussionen und Einzelinterviews

Im März 2026 wurden zwei Fokusgruppendiskussionen zu den oben genannten Schwerpunkten durchgeführt. Eine Fokusgruppe widmete sich aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Präventionsansätzen, eine zweite wurde unter dem Titel „Miteinander leben! – In der Demokratie und in Neumünster“ umgesetzt. Insgesamt nahmen etwa 15 Personen an den Diskussionen teil, dazu gehörten Vertreter*innen des Runden Tisches für Demokratie und Toleranz, ehrenamtlicher Initiativen und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sowie Fachkräfte aus der Jugend- und Schulsozialarbeit und der kommunalen Jugendhilfe.

Im Anschluss an die Fokusgruppen wurden bis Mai 2026 vier weitere themenzentrierte Einzelinterviews geführt. Ursprünglich als Fokusgruppe mit Jugendlichen geplant, fand im März 2026 ein Einzelinterview mit einer jugendlichen Person im Rathaus Neumünster statt. Drei Online-Interviews fanden mit Initiativen, Einrichtungen und Organisationen aus Neumünster statt, die im Zuge der Fokusgruppen als wertvolle Ressourcen benannt wurden.

In den Einzelinterviews konnten Fragestellungen vertieft und bis dahin bestehende Lücken aus den Fokusgruppen geschlossen werden. Ein besonderes Erkenntnisinteresse galt dem Thema Jugendbeteiligung. Zudem wurden multimediale Ansätze zur Demokratieförderung in der postmigrantischen Gesellschaft näher beleuchtet und Strategien für die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte erörtert.

Die Fokusgruppen- sowie Einzelinterviews wurden leitfadengestützt umgesetzt, aufgezeichnet, transkribiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Dazu wurden aus den Fokusgruppen alle Abschnitte der Transkripte paraphrasiert und codiert. Mithilfe der Codierung wurden thematische Zusammenhänge im Material identifiziert, welche eine vergleichende Interpretation und sich ergänzende Darstellung der Erzählungen und Einschätzungen verschiedener Personen erlaubt. Die Transkripte der Einzelinterviews wurden selektiv und mit Blick auf die zuvor identifizierten thematischen Zusammenhänge ausgewertet.

Werkstattgespräch

Im Mai 2026 fand ein Werkstattgespräch statt. Zu den acht Teilnehmer*innen gehörten Vertreter*innen des federführenden Amts sowie einer weiteren Stellen der Stadtverwaltung, das federführende Amt sowie Mitglieder der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie. Darüber hinaus beteiligten sich Vertreter*innen ehrenamtlicher Initiativen und der Sozialberatung sowie ein*e engagierte*r Bürger*in der Stadt Neumünster.

Das Werkstattgespräch zielte darauf ab, die zu Thesen aufbereiteten Erkenntnisse zur Situation in der Stadt Neumünster zu diskutieren, zu ergänzen und zu validieren. Hierzu wurden durch Camino zunächst zentrale Erkenntnisse aus den bisherigen Erhebungsschritten der Situations- und Ressourcenanalyse vorgestellt. Anschließend wurden diese Inhalte in Anlehnung an die Methode World Café gemeinsam vertieft.

Im Verlauf der Diskussion wurden die vorab erarbeiteten Inhalte um individuelle Schwerpunkte und Perspektiven ergänzt, welche die Herausforderungen in der Stadt Neumünster betreffen. Darüber hinaus entwickelten die Teilnehmer*innen entlang der Thesen konkrete Lösungsstrategien.

Die erste Runde widmete sich den Herausforderungen und Präventionsansätzen mit Blick auf die extreme Rechte in Neumünster. In der zweiten Runde wurden die Herausforderungen demokratischer Beteiligung diskutiert und insbesondere Handlungsansätze formuliert, um zukünftig weitere Menschen zu erreichen. Eine dritte Runde betrachtete die Ressourcen der Stadt Neumünster, u.a. wurden stadtteilbezogene Ansätze sowie Ressourcen im Bereich der Jugendbeteiligung diskutiert.

3 DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE

Aktuell haben rund 350 Städte, Gemeinden und Landkreise lokale „Partnerschaften für Demokratie“, die durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ dabei unterstützt werden, Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen.[1] Sie entstanden aus der Förderung von „Lokalen Aktionsplänen“ im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007-2010) das bereits Kommunen dabei unterstützte, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Kräften vor Ort Vielfalt, Toleranz und Demokratie zu fördern (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2008, 9).

Die Stadt Neumünster ist seit 2017 mit einer Partnerschaft für Demokratie im Bundesprogramm „Demokratie leben“ beteiligt.[2] Die Funktion als federführendes Amt übernimmt der Fachdienst Dezentrale Steuerungsunterstützung, der die Bundesmittel beantragt, weiterleitet und die ordnungsgemäße Verwendung und Abrechnung sicherstellt. Er steht in engem Austausch mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), welches die Mittelvergabe für das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) koordiniert.

Die Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) übernimmt KAST e.V. als externer Träger. Zu ihren Aufgaben gehören die fachliche und inhaltliche Steuerung sowie die Begleitung der geförderten Maßnahmen. Konkret umfasst dies zum Beispiel die inhaltlich-fachliche Beratung von Interessierten von der Projektidee bis zur Umsetzung. In der Förderperiode 2025-2032 hat der Träger KAST e.V. diese Aufgaben von der Türkischen Gemeinde in Neumünster e.V. übernommen. Der Träger KAST e.V., dessen Arbeit bis ins Jahr 2004 zurückgeht, verfügt über langjährige Erfahrung und Expertise in der Antigewaltarbeit sowie der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung im Themenfeld Rechtsextremismus.[3]

In der aktuellen Förderperiode gibt das Bundesprogramm „Demokratie leben“ für die Partnerschaften für Demokratie Mittler- und Handlungsziele vor, an denen sich die Zielausrichtung in den Kommunen orientieren soll. Die Darstellung in Abbildung 2 gibt einen Überblick über die Mittler- und Handlungsziele des Bundesprogramms „Demokratie leben“ für die Partnerschaften für Demokratie.

[1] Nähere Informationen unter „Programmbereiche: Partnerschaften für Demokratie“ auf www.demokretie-leben.de

[2] Website der Partnerschaft für Demokratie der Stadt Neumünster: https://pfd-nms.de/

[3] Trägerwebsite des Trägers der Koordinierungs- und Fachstelle: https://kast-sh.de/

Abbildung 2: Mittler- und Handlungsziele für die Förderperiode 2025-2032



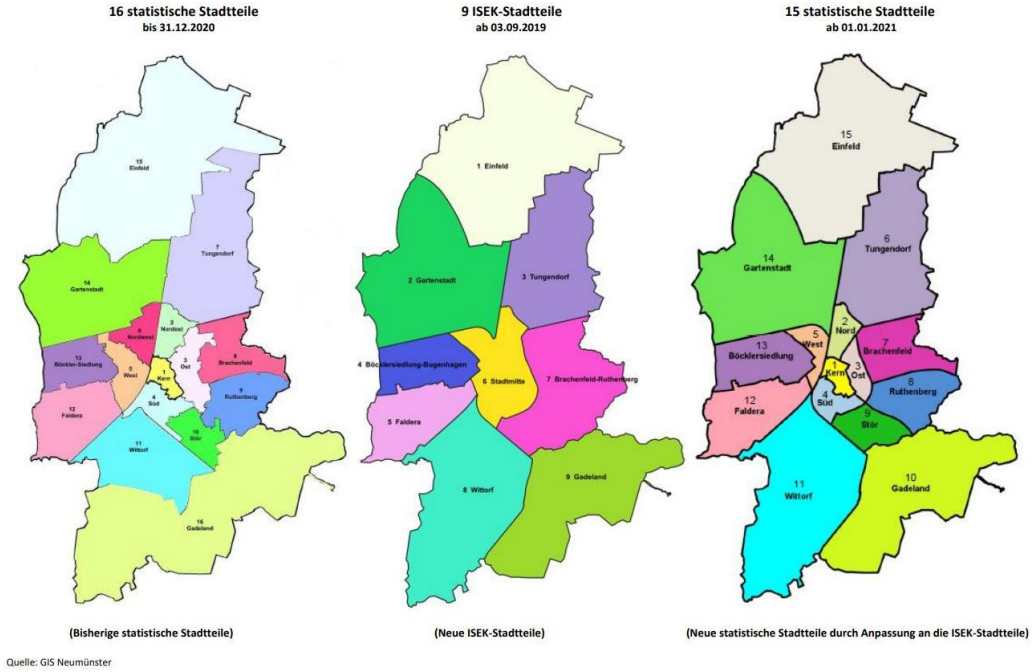
Quelle: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2026), eigene Darstellung.

4 RAUMKONTEXT DER STADT NEUMÜNSTER

4.1 BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR

Die Stadt Neumünster umfasst ein Gebiet von 72 km² und ist mit 82.329 Einwohner*innen (Stand: 31.12.2025, ohne EAE[4]) nach Kiel, Lübeck und Flensburg die viertgrößte kreisfreie Stadt in Schleswig-Holstein. Für die integrierte Stadtteilentwicklungsplanung gliedert sich die Stadt Neumünster in insgesamt 15 statistische Stadtteile. Hierzu gehören Kern (1), Nord (2), Ost (3), Süd (4) und West (5), welche gemeinsam die Stadtmitte bilden. Darüber hinaus umfassen die statistischen Stadtteile: Tungendorf (6), Brachenfeld (7), Ruthenberg (8), Stör (9), Gadeland (10), Wittorf (11), Faldera (12), Bröcklersiedlung (13), Gartenstadt (14) und Einfeld (15).

Abbildung 3: Statistische Stadtteile der Stadt Neumünster



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Neumünster.

Die Entwicklung der Bevölkerung in der Stadt Neumünster ist – wie andernorts auch – von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Ereignissen geprägt. Wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt liegt auch in der Stadt Neumünster die Sterberate höher als die Zahl der Lebendgeburten, so dass sich eine negative „natürliche“[5] Bevölkerungswicklung ergibt. Auf Grund eines positiven Wanderungssaldos schrumpft die Bevölkerung der Stadt Neumünster jedoch nicht. Im vergangenen Jahrzehnt führten verschiedene Migrationsbewegungen zu einem stetigen Bevölkerungswachstum. Dies zeigt sich insbesondere im Jahr 2015 sowie in den Jahren ab 2022. Einen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung und die Darstellung der Bevölkerungsstruktur in Neumünster hat auch die Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Gelände der

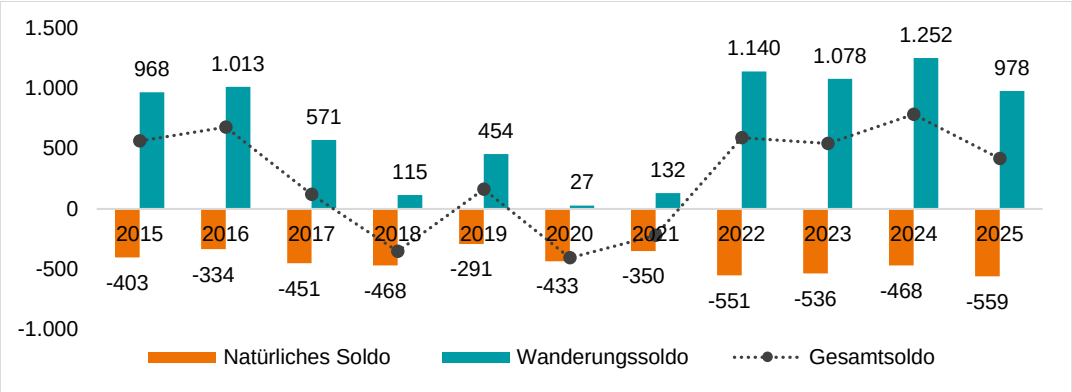
[4] *Erstaufnahmeeinrichtung des Ankunftszentrums Neumünster, Landesasylstelle Schleswig-Holstein. Werden die Menschen der EAE berücksichtigt, leben 83.853 Einwohner*innen in der Stadt Neumünster (Stand: 31.12.2025).

[5] Die Demografie verwendet den Begriff „natürliche Bevölkerungsentwicklung“, um die Differenz zwischen Lebendgeburten und Sterbefällen zu beschreiben. Das Wanderungssaldo bezeichnet in Abgrenzung dazu die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung. Die Bezeichnung als „natürlich“ bezieht sich auf einen statistischen Kennwert, welcher auch von emanzipatorischen wie technologischen Entwicklungen bedingt wird.

ehemaligen Scholtz-Kaserne am Haart 148. Diese dient Geflüchteten in Schleswig-Holstein als Ankunftszentrum der Registrierung und als Unterkunft. Eine dauerhafte Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung ist nicht vorgesehen. Deshalb wird die Bevölkerungsentwicklung und die Bevölkerungsstruktur nachfolgend, sofern möglich, ohne die Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung dargestellt.

Wie in anderen Orten der Bundesrepublik lässt sich zudem der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft beobachten. Deutlich zeigt sich dieser Wandel an der jahrhundertelangen Ära einer blühenden Textilindustrie, für die Neumünster als wichtigster Industriestandort Holsteins galt. Die Geschichte des „Manchesters Holsteins“ endet zwar im Jahr 1991 als die letzte Tuchfabrik der Stadt ihre Türen schloss, dennoch sind Maschinen aus Neumünster weiterhin fester Bestandteil einer sich wandelnden Textilindustrie (Museum Tuch+Technik o.J.).

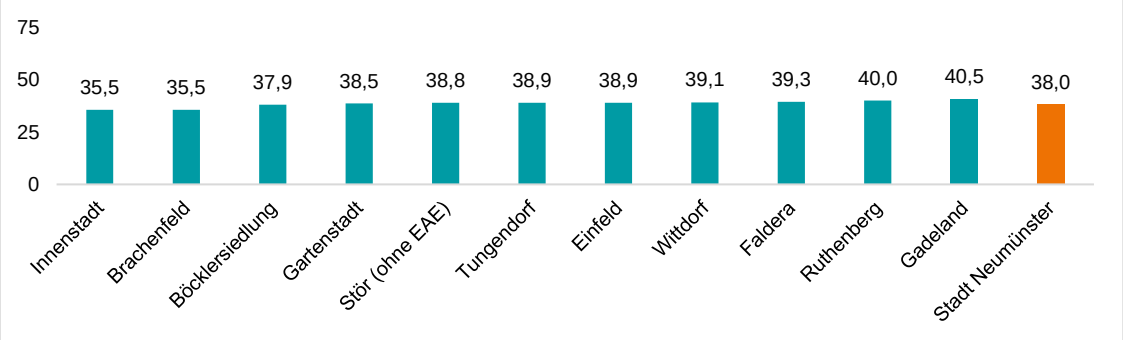
Abbildung 4: Bevölkerungsentwicklung in Neumünster (2015-2025)



Quelle: Daten der Kommunalen Statistikstelle der Stadt Neumünster (Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik 2026a), eigene Darstellung.

Das Durchschnittsalter in der Stadt Neumünster (ohne EAE) liegt bei rund 38,0 Jahren. Die Bevölkerung ist damit wesentlich jünger als im Durchschnitt der Bundesrepublik, wo das Durchschnittsalter 44,9 Jahren (Stand: 2024) entspricht (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2026). Zudem zeigen sich Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Während der Altersdurchschnitt in den zur Innenstadt gehörenden Stadtteilen sowie in Brachenfeld bei 35,5 Jahren liegt, beträgt er in Ruthenberg und Gadeland etwas über 40 Jahre. Dennoch liegen auch diese beiden Stadtteile unterhalb des bundesweiten Durchschnitts.

Abbildung 5: Durchschnittsalter (Jahre) je Stadtteil für die Stadt Neumünster (2025)

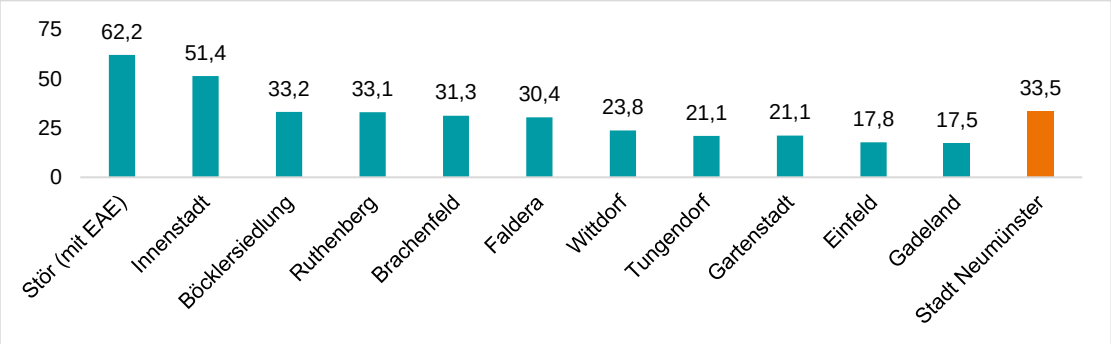


Quelle: Daten der Kommunalen Statistikstelle der Stadt Neumünster (Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik 2026a), eigene Berechnung und Darstellung. Das Durchschnittsalter ist für die Stadt Neumünster ist ohne EAE berechnet.

Die Geschichte der Stadt Neumünster, deren Bevölkerung erstmals zur Industrialisierung als Standtort einer florierenden Textilindustrie „rasant anwuchs“, ist wie andernorts auch durch Zuwanderung geprägt. Das zeigt das Projekt „Neuland Neumünster“ des Museums Tuch + Technik, welches durch den Fonds Stadtgefährten zwischen 2015 und 2020 gefördert worden ist (Kulturstiftung des Bundes o.J.).

Im Jahr 2025 hatten in Neumünster 28.079 der 83.853 Einwohner*innen (mit EAE) eine eigene oder familiäre Einwanderungsgeschichte, was rund 33,5 % entspricht. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Stadtteilen. Wie bereits eingangs geschildert, spiegelt sich der Standort des Aufnahmezentrums und der Erstaufnahmeeinrichtung im Stadtteil Stör in der Bevölkerungsstruktur deutlich wider. Etwa 62,2 % der dort lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund. In den Stadtteilen, die zur Innenstadt gehören, hat jede*r zweite Einwohner*in einen Migrationshintergrund (51,4 %). Anders verhält es hingegen in den Stadtteilen Einfeld (17,8 %) und Gadeland (17,5 %). In diesen Stadtteilen ist es ungefähr jede*r sechste Einwohner*in, die einen Migrationshintergrund hat.

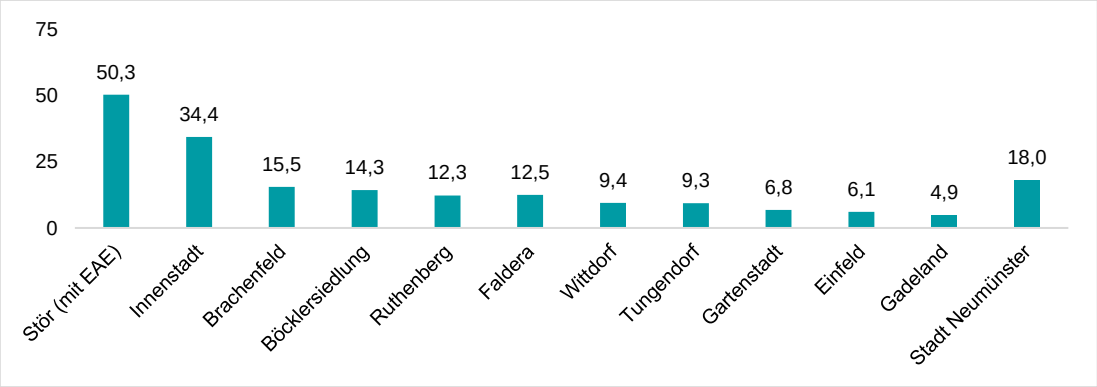
Abbildung 6: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Stadtteilen (2025, in %)



Quelle: Daten der Kommunalen Statistikstelle der Stadt Neumünster (Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik 2026b) eigene Berechnung und Darstellung.

Eine Vielzahl der Menschen mit Einwanderungsgeschichte besitzen durch Geburt oder durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil von Menschen in der Stadt Neumünster (mit EAE) ohne deutsche Staatsangehörigkeit liegt hingegen bei nur 18,0 %. Das ist weniger als jede*r Fünfte. In den Stadtteilen Stör (50,3 %) sowie in den Stadtteilen, die zur Innenstadt (34,4 %) gehören, ist der Anteil der Wohnbevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit am höchsten. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass die Erstaufnahmeeinrichtung einen deutlichen Einfluss auf den Anteilswert im Stadtteil Stör nimmt. Am niedrigsten ist dieser Anteil hingegen in der Gartenstadt (6,8 %), Einfeld (6,1 %) und Gadeland (4,9 %). Zu den größten Bevölkerungsgruppen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gehören dabei gemessen an der Gesamtbevölkerung (83.853 EWZ) Menschen aus Türkei (2,1 %), Rumänien (2,0 %), Bulgarien (1,8 %), Ukraine (1,8 %), Polen (1,4 %) und Syrien (1,4 %).

Abbildung 7: Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Stadteilen (2025, in %)



Quelle: Daten der Kommunalen Statistikstelle der Stadt Neumünster (Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik 2026c), eigene Berechnung und Darstellung.

Die von der Bertelsmann Stiftung in ihrem „Wegweiser Kommune“ zusammengefassten Indikatoren zur sozialen Lage weisen darauf hin, dass ein wesentlicher Teil der Neumünsteraner Wohnbevölkerung in ökonomisch herausfordernden Verhältnissen lebt. So liegen sowohl die Indikatoren Kinder- und Jugendarmut als auch der Indikator für Altersarmut höher als in Schleswig-Holstein. In Neumünster wuchs demnach fast jedes vierte Kind (23,3 %) im Jahr 2023 in Armut auf. Der Anteil der Bevölkerung unter 65 Jahren, die Leistungen nach SGB II erhalten, liegt in Neumünster mit 13,5 % ebenfalls höher als in Schleswig-Holstein insgesamt (8,6 %). Gleiches gilt für den Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren, der ALG-II-Leistungen bezieht. Dieser ist mit 11,2 % in Neumünster ebenfalls höher als in Schleswig-Holstein insgesamt (7,3 %). Einzig der Anteil von ausländischen Erwerbspersonen, die 2023 arbeitslos gemeldet waren, liegt in Neumünster (20,7 %) auf gleichem Niveau wie im Bundesland Schleswig-Holstein insgesamt (20,7 %).

Tabelle 1: Indikatoren für Soziale Lage in der Stadt Neumünster (2023)

	Neumünster	Schleswig-Holstein
	2023 (in %)	**2023 (in %)**
Wohnfläche pro Person (m²)	42,5	47,4
Anteil Arbeitslose (Gesamt)	10,3	7,1
Anteil Arbeitslose (mit ausländischer StAG)	20,7	20,7
Anteil Arbeitslose (unter 25 Jahren)	9,9	7,1
SGB II-Quote	13,5	8,6
ALG II-Quote	11,2	7,3
Kinderarmut	23,3	14,4
Jugendarmut	18,8	12,6
Altersarmut	5,4	3,6

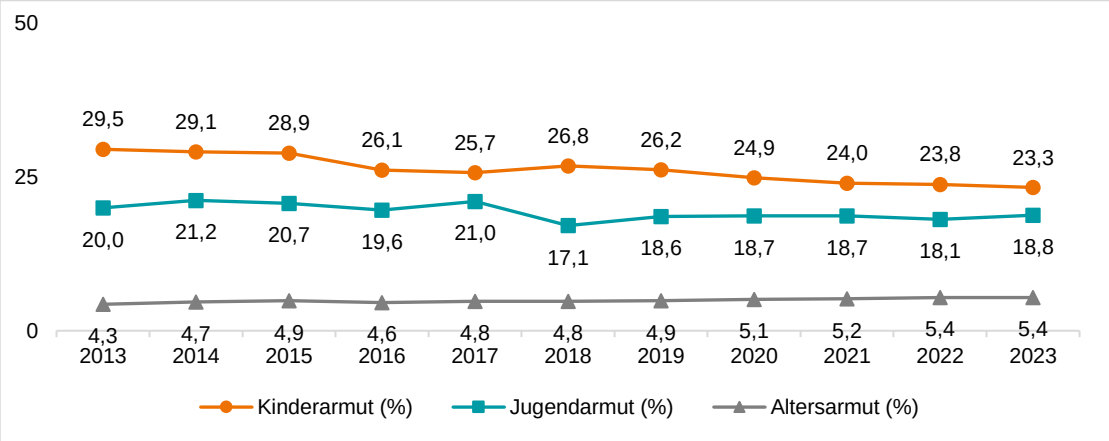
Quelle: Bertelsmann Stiftung – Wegweiser Kommune.

Im Langzeitverlauf zeigen die Daten der Bertelsmann Stiftung für Kinder-, Jugend- und Altersarmut unterschiedliche Trendentwicklungen in der Stadt Neumünster.[6] Der Indikator für Kinderarmut zeigt ab dem Jahr 2016 einen rückläufigen Trend von anfänglich 29,5 % auf gegenwärtig (2023) noch 23,3 %. Für die Jahre 2013 bis 2017 liegt der Indikator für Jugendarmut bei etwa

[6] Die Bertelsmann Stiftung weist bei den Indikatoren Kinder- und Jugendarmut auf Erfassungsprobleme ab dem Jahr 2019 hin, weshalb die Gruppe der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht vollständig abgebildet werden kann. Der frühe Rückgang von Kinderarmut sowie die unterschiedliche Entwicklung können Hinweise darauf sein, dass weder der rückläufige Trend von Kinderarmut noch die Stagnation von Jugendarmut vollständig durch Erfassungsprobleme begründet sind.

20 %. Ab 2019 stagniert der Wert bei durchschnittlich 18,4 %. Der Indikator für Altersarmut ist nicht von den Erfassungsprobleme berührt. Rückblickend von 2023 zeigt sich für die vergangenen zehn Jahre ein kontinuierlich steigender Trend. In 2013 erhielten 4,3 % der Bevölkerung ab 65 Jahren Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII. Für das Jahr 2023 sind es hingegen 5,4 % der über 65-Jährigen.

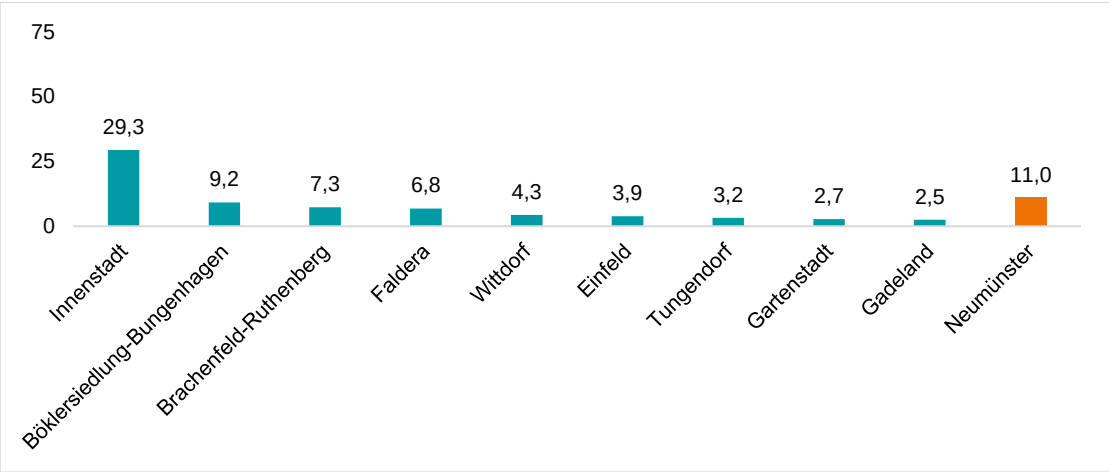
Abbildung 8: Entwicklung von Armut in der Stadt Neumünster (2013-2023)



Quelle: Bertelsmann Stiftung – Wegweiser Kommune.

Der Kennzahlenbericht 2024 *„Neumünster, sag mir …“* weist zudem auf örtliche Schwerpunkte von Altersarmut und Armut unter erwerbsgeminderten Personen hin. Dabei berücksichtigt der Kennzahlenbericht die absolute Zahl der Beziehenden von Sozialhilfeleistungen als Grundsicherung im Alter und von Erwerbsminderung in den Stadtteilen für das Jahr 2022. Wird die Wohnbevölkerung in der Altersklasse ab 65 Jahren im Jahr 2022 hinzugezogen[7], ist die Altersarmut in der Innenstadt mit einem Anteil von 29,3 % am höchsten. Sie trägt maßgeblich zu einem hohen Durchschnitt in Neumünster von 11,0 % bei. Die Stadtteile Böcklersiedlung-Bungenhagen (9,2 %), Brachenfeld-Ruthenberg (7,6 %) sowie Faldera (6,9 %) weisen im gesamtstädtischen Vergleich ebenfalls höhere Werte auf, liegen mit diesen aber unter dem Durchschnitt.

Abbildung 9: Altersarmut in der Stadt Neumünster nach Stadtteilen (2022, in %)



Quelle: Daten des Kennzahlenbericht „Neumünster, sag mir…“ 2024 (Stadt Neumünster/Der Oberbürgermeister 2024) sowie EWZ für das Jahr 2022 (Stadt Neumünster, FD Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1.03 Statistik 2023) eigene

[7] Diese Berechnung berücksichtigt nicht, dass auch jüngere Personen eine Erwerbsminderungsrente beziehen können, weshalb es zu Verzerrungseffekten kommen kann.

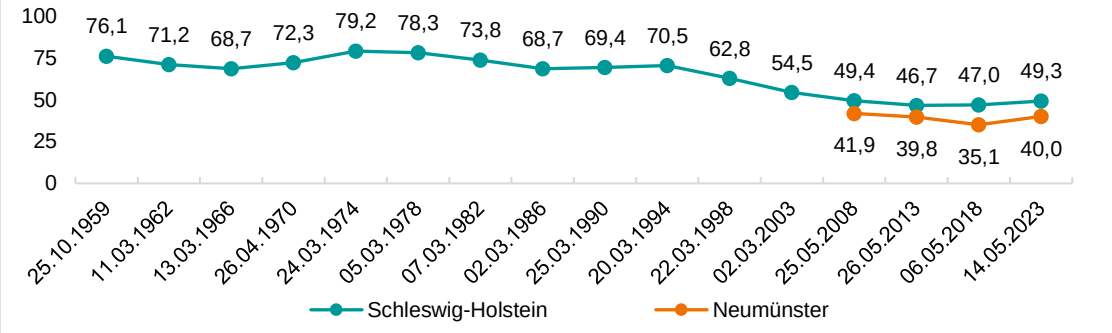
Berechnung und Darstellung. Für den Stadtteil Stör können aufgrund fehlender Daten im Kennzahlenbericht keine Anteilswerte ausgewiesen werden.

4.2 BÜRGERMEISTER- UND KOMMUNALWAHLEN

Die Wahlbeteiligung ist ein entscheidender Indikator, um die Partizipation an der repräsentativen Demokratie zu beurteilen. Die Beteiligung an Kommunalwahlen nimmt seit den 1990er Jahren deutlich ab. Diese Entwicklung ist in ganz Schleswig-Holstein zu beobachten. Im langfristigen Trend zeigt sich, dass die Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein mit wenigen Ausnahmen in den 1960er- bis Mitte der 1990er-Jahre bei rund 70 % lag. Seit der Kreiswahl 1998 ist die Wahlbeteiligung hingegen merklich rückläufig. Bei der letzten Kreiswahl im Jahr 2023 beteiligten sich schließlich etwas weniger als die Hälfte der wahlberechtigten Personen in Schleswig-Holstein (49,3 %). In der Stadt Neumünster lag die Wahlbeteiligung bei derselben Wahl mit 40,0 % noch niedriger.

Über die Gründe für diesen Rückgang wird seit Längerem in der Politikwissenschaft debattiert. Während Schäfer (2008) einen eher individuellen Erklärungsansatz bietet, demzufolge insbesondere die Zufriedenheit mit der Demokratie sowie der Grad der politischen Aktivität die Wahlbeteiligung fördern, verweist Matuschek (2019) auch auf institutionelle Ursachen für die rückläufige Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen. Seiner Einschätzung nach fällt der Einbruch der Wahlbeteiligung zeitlich mit den Reformen des Kommunalwahlrechts in den 1990er Jahren zusammen – eine Entwicklung, die sich im Langzeitverlauf auch für Schleswig-Holstein zeigt. So werden seit 1998 die hauptamtlichen Bürgermeister*innen in Schleswig-Holstein nicht mehr von den jeweiligen Gemeindeparlamenten, sondern von den Bürger*innen per Direktwahl gewählt. Dies hat laut Matuschek zu einer Entwertung der Kommunalwahl geführt (ebd., 50).

Abbildung 10: Wahlbeteiligung bei den Kommunal- und Kreiswahlen seit 1959 (in %)



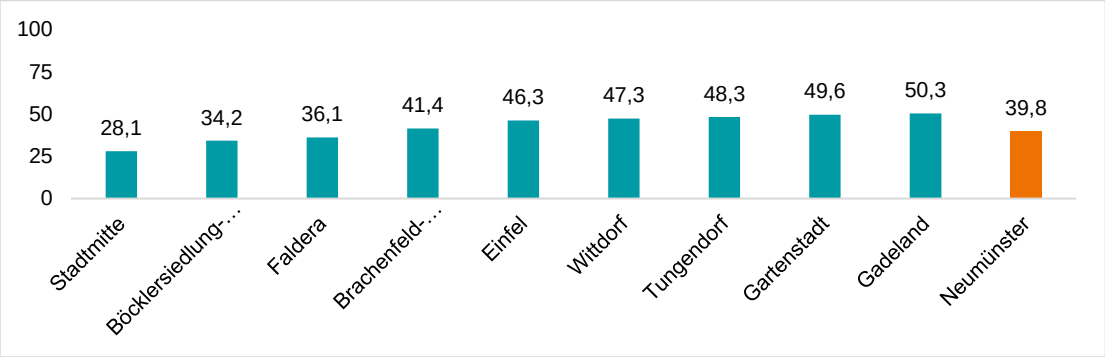
Quelle: Die Daten sind dem Kapitel 16: Wahlen, Tab. 16.1 Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein 1971-2024 (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2025) sowie den Ergebnissen der Gemeinde- und Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2008, 2013, 2023) entnommen, eigene Darstellung.

Die Reform des Kommunalwahlrechts kann die niedrige Wahlbeteiligung in der Stadt Neumünster jedoch nur bedingt erklären. So lag die Wahlbeteiligung bei der Oberbürgermeisterwahl 2021 bei lediglich 39,8 % (amtliches Endergebnis der Stadt Neumünster vom 9. Mai 2021). Große Unterschiede zeigen sich dahingehend zwischen den einzelnen Sozialräumen. So beteiligten sich in der Stadtmitte weniger als ein Drittel (28,1 %) der Wahlberechtigten, in Gadeland hingegen die Hälfte (50,3 %).

Angesichts der oben dargelegten Bevölkerungsstruktur der Stadt Neumünster kann der Eindruck entstehen, dass ein statistischer Zusammenhang zwischen Alter, Migrationshintergrund, Armut und Wahlbeteiligung bestehe. Zwar sprechen empirische Befragungsstudien wie das SVR-Integrationsbarometer dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland

seltener wählen gehen (SVR 2022, 23).[8] Vor diesem Hintergrund sind die deskriptiven Auffälligkeiten als Hinweise darauf zu verstehen, dass die geringere Partizipation einer jüngeren, migrantisch geprägten Wohnbevölkerung in der Stadtmitte (28,1 %) sowie in Wahlbezirken wie Faldera (36,1 %) oder Böcklersiedlung-Bugenhagen (34,2 %) zu einer niedrigen Wahlbeteiligung beiträgt. Ebenso zeigt sich eine Korrelation zwischen Altersarmut und geringer Wahlbeteiligung für die Stadteile (vgl. Abbildung 9). Für einen statistischen Erklärungsansatz sozialräumlicher Unterschiede im Wahlverhalten reichen die vorliegenden Daten daher nicht aus. Sie geben lediglich Hinweise auf begünstigende Kontextfaktoren.

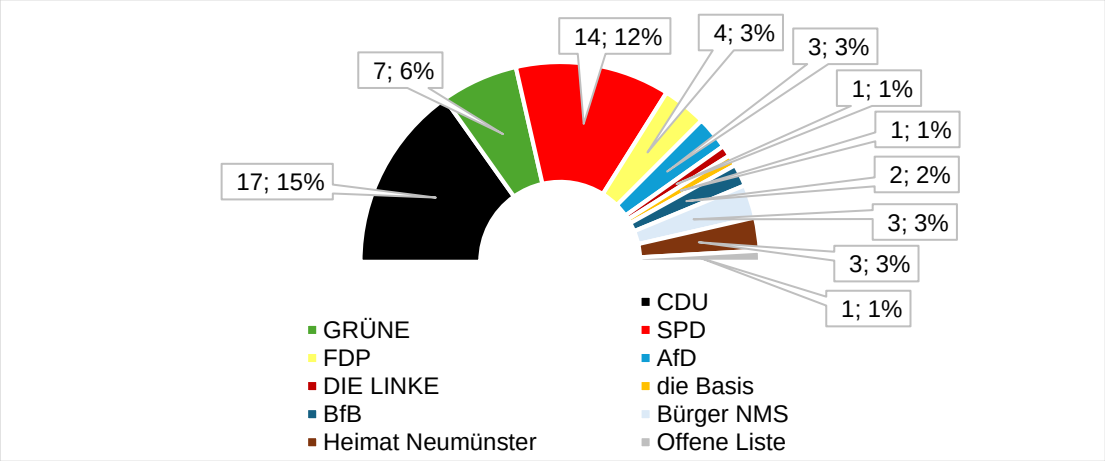
Abbildung 11: Wahlbeteiligung bei Oberbürgermeisterwahl 2021 nach Wahlbezirken (in %)



Quelle: Die Daten sind dem Ergebnisportal der Stadt Neumünster (2021) entnommen, eigene Darstellung.

Die aktuelle Sitzverteilung der Ratsversammlung der Stadt Neumünster spiegelt die Ergebnisse der Kommunalwahl vom 14. Mai 2023 wider. Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster umfasst insgesamt 56 Sitze. Die Mehrheit bilden die Mitglieder der CDU (17 Sitze), der SPD (14 Sitze) und von Bündnis 90/Die Grünen (7 Sitze). Diese Parteien verzeichneten allerdings gegenüber der Kommunalwahl 2018 allesamt Verluste. Zu den kleineren Parteien in der Ratsversammlung von Neumünster gehören mit vier Sitzen die FDP, welche zudem +1,7 % gegenüber der Kommunalwahl 2018 verzeichnete. Erstmals zur Kommunalwahl 2023 angetreten ist die unabhängige Wählergruppe „Bürger für Neumünster“, welche von Mitgliedern anderer Parteien, wie den FREIEN WÄHLERN unterstützt wird. Die Wählergruppe konnte Gewinne von +5,0 % erzielen und somit 3 Sitze in der Ratsversammlung gewinnen. Die AfD (+ 4,7 %) sowie die Heimat Neumünster (+ 5,6 %), ehemals NPD, erzielten ebenfalls Gewinne und jeweils drei Mitglieder besetzen einen Sitz in der Ratsversammlung.

Abbildung 12: Sitzverteilung der Ratsversammlung nach der Kommunalwahl 2023



[8] Das SVR-Integrationsbarometer zeigt auch, dass Partizipationsdifferenzen nicht auf eine unterschiedliche Einstellung zum demokratischen System zurückzuführen sind. Die Teilbereiche Rechtsstaatlichkeit, freie Meinungsäußerung oder auch Wohlfahrtstaatlichkeit werden unabhängig vom Migrationshintergrund als (sehr) wichtig erachtet (ebd., 21).

Quelle: Die Daten sind dem Ergebnisportal zu den Wahlen in Schleswig-Holstein entnommen (ebd.), eigene Darstellung.

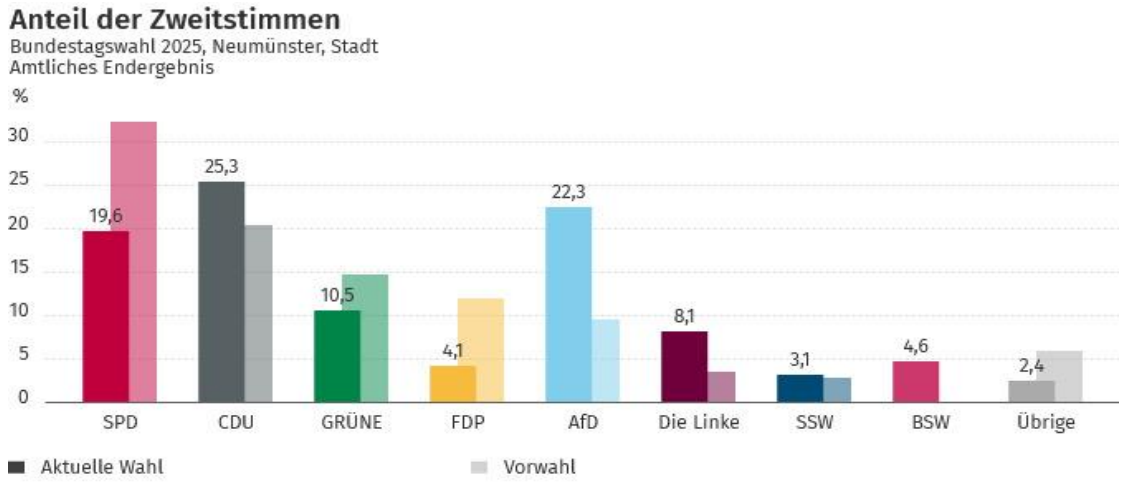
4.3 BUNDESTAGSWAHL 2021 UND 2025

Die Bundestagswahl 2025 war von einer außerordentlich hohen Wahlbeteiligung geprägt. Dies spiegelt sich auch in Schleswig-Holstein und in Neumünster wider. So wählten bei der Bundestagswahl 2021 in Schleswig-Holstein etwa 78,2 %: vier Jahre später beteiligten sich hingegen 83,5 % der Wahlberechtigten, was einem Zuwachs von ca. 5 % entspricht. In der kreisfreien Stadt Neumünster lag die Wahlbeteiligung mit 67,9 % bei der Bundestagswahl 2021 und 76,2 % bei der Bundestagswahl 2025 zwar niedriger als der landesweite Durchschnitt. Dennoch zeigt sich auch hier eine Zunahme bei der Wahlbeteiligung, die mit rund 12 % zudem wesentlich höher ausfällt als in Schleswig-Holstein.

Bei der Bundestagswahl 2025 erhielt die CDU die meisten Zweitstimmen in der Stadt Neumünster (25,3 %), gefolgt von der AfD (22,3 %). Die AfD erzielte damit ihr bisher stärkstes Ergebnis und liegt erstmals vor der SPD (19,6 %). Während die CDU (+5,1 %) und insbesondere die AfD (+ 12,9 %) teils deutliche Gewinne gegenüber der Bundestagswahl 2021 erzielen konnten, verzeichneten insbesondere die SPD (- 12,6 %) sowie die FDP (- 7,8 %) Verluste.

Für die Bundestagswahl 2025 gliederte sich die Stadt Neumünster in 43 Stimmbezirke und zwölf Briefwahlbezirke. Etwa ein Viertel der Wählenden (25,3 %) beteiligte sich mittels Briefwahl an der Bundestagswahl 2025. Eine analytische Betrachtung des Runden Tisches für Toleranz und Demokratie der Stadt Neumünster verweist darauf, dass die Erfolge der AfD sowohl in „(ehemaligen) SPD-Hochburgen“ als auch „traditionell konservativen Wahlkreisen“ beobachtet werden können (Runder Tisch für Toleranz und Demokratie Neumünster: AG Rechtsextremismus 2026, 10).

Abbildung 13: Anteil der Zweitstimmen Bundestagswahl 2025 in der Stadt Neumünster (in %)



Quelle: Die Darstellung ist dem Ergebnisportal zu den Wahlen in Schleswig-Holstein entnommen (Der Landeswahlleiter des Landes Schleswig-Holstein/Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2025).

4.4 RECHTSEXTREME EINSTELLUNGEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Rechtsextremismus wird aufgrund seines „Integrationspotenzials“ (Salzborn 2018, 8) als Sammelbegriff verwendet, um politische Einstellungen und Verhaltensweisen zu beschreiben, die auf Ungleichwertigkeitsvorstellungen und der Idee einer ethnisch-kulturell definierten „Volksgemeinschaft“ beruhen, die als höherwertig verstanden wird (Chauvinismus). Weitere Bestandteile extrem rechter Ideologie können neben Antisemitismus, Nationalismus und Autoritarismus (u.a.

Stöss 2000) auch eine Verharmlosung oder Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus sowie die Akzeptanz von Gewalt gegenüber Menschen sein, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen (Zick et al. 2023, 61). Insbesondere neurechte Strömungen greifen hingegen die antidemokratischen und antipluralistischen Ideen einer konservativen Revolution auf, wie sie bereits nach dem ersten Weltkrieg rezitiert worden sind, und distanzieren sich öffentlich von einer nationalsozialistisch orientierten „Alten Rechten". Eines ihrer Kernkonzepte ist der „Ethnopluralismus", welcher als „Rassismus ohne Rassen" die Kultur zur Begründung von Ungleichwertigkeit hervorhebt (ausführlich: Meiering 2022).

Für Schleswig-Holstein untersuchte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. im Auftrag des Landespräventionsrates die Prävalenz rechtsextremer Einstellungen und Handlungen unter Schüler*innen der Mittelstufe. Damit wurden die Regionalanalysen, welche 2013, 2014 und 2018 umgesetzt wurden, im Jahr 2025 erstmals wieder fortgeschrieben. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse beruhen auf der Regionalanalyse 2018 (Krieg/Beckmann/Kliem 2019, 41) sowie der Fortschreibung für das Jahr 2025 (Schröder 2026).

Die Grundlage zur Erfassung eines rechtsextremen Weltbildes bilden etablierte Messinstrumente nach der Leipziger Autoritarismus-Studie.[9] Die Dunkelfeldbefragung für das Jahr 2018 stellte fest, dass etwa 3,1 % der Jugendlichen in Schleswig-Holstein ein rechtsextremes Weltbild vertreten. Im Jahr 2025 zeigt sich mit einer Verbreitung von 3,5 % ein ähnlich hohes Niveau. Für den Landgerichtsbezirk Kiel, zu welchem die Stadt Neumünster gehört, liegt der Mittelwert auf der Gesamtskala für ein geschlossen rechtsextremes Weltbild bei 1,85 und damit auf einem ähnlichen Niveau wie in Schleswig-Holstein insgesamt (Mittelwert: 1,84).

Die Zustimmung zu den einzelnen Items und Dimensionen rechtsextremer Einstellungen fällt teilweise höher aus als für die Gesamtskalen. Die Studie führt hierzu auch methodische Erklärungsansätze aus (siehe hierzu: Schröder 2026, 13). Besonders auffällig ist für Schleswig-Holstein die hohe Zustimmung zu einem starken Nationalgefühl (Chauvinismus). So stimmt mehr als die Hälfte der Jugendlichen (51,3 %) in Schleswig-Holstein der Aussage zu, dass die Deutschen mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten (2018: 45,8 %). Hohe Zustimmung und eine teils deutliche Zunahme gegenüber der Regionalanalyse aus dem Jahr 2018 erfahren Items aus der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur". So teilt etwa ein Viertel der Jugendlichen in Schleswig-Holstein die Überzeugung „Deutschland braucht einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert" (25,9 %), und mehr als ein Drittel stimmt der Aussage zu, dass es einer einzigen starken Partei bedürfe, die das deutsche Volk insgesamt verkörpert (35,5 %). Im Jahr 2018 lag die Zustimmung zu diesen Items in Schleswig-Holstein noch bei 13,9 % (starker Führer) bzw. 33,5 (eine einzige starke Partei).

In Anlehnung an die im Rahmen der Studie „Deutsche Zustände" unter Wilhelm Heitmeyer entwickelten Items und deren nachfolgende Verwendung in der Mitte-Studie untersucht die Regionalanalyse ebenfalls die Verbreitung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Schleswig-Holstein. Am häufigsten tritt dabei in Schleswig-Holstein die Abwertung von Arbeitslosen (49,6 %), von Geflüchteten (24,4 %) sowie von obdachlosen Personen (18,9 %) auf. Insbesondere bei der Abwertung von arbeitslosen und obdachlosen Personen sowie für die Abwertung von Menschen mit Behinderung lässt sich im Vergleich zur Studie von 2018 eine Zunahme feststellen, was auch auf den Landgerichtsbezirk Kiel zutrifft.

[9] Die unterschiedlichen Einstellungsmuster (Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) wurden anhand einzelner Aussagen erhoben. Die befragten Schüler*innen konnten diese Aussagen auf einer vierstufigen Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu" bis 4 „stimme voll und ganz zu" bewerten. Zur Berechnung der Anteilswerte ist ein Cut-off-Wert von ≥ 3 gewählt, d.h. diese Werte beziehen sich auf Jugendliche, die den Aussagen im Durchschnitt zustimmen.

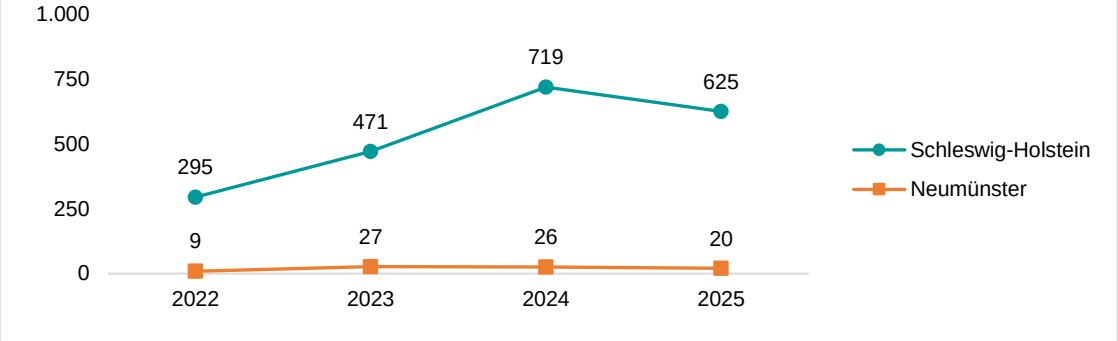
4.5 POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT UND RECHTE GEWALT

Zur Berücksichtigung von rechtsmotiviertem und deviantem Verhalten sind die im polizeilichen Erfassungssystem zur „Politisch motivierten Kriminalität“ geführten Straftaten relevant. Hierbei handelt es sich um eine Arbeitsstatistik, die als Eingangsstatistik geführt wird. Das bedeutet, dass Fälle unmittelbar nach deren Bekanntwerden eingehen. Ebenso werden Nachtragsmeldungen erfasst, wenn sich beispielsweise Ermittlungsfortschritte ergeben. Die Statistik zur „Politisch motivierten Kriminalität“ bildet entsprechend das sogenannte polizeiliche Hellfeld ab. Eine gering ausgeprägte Anzeigebereitschaft bei marginalisierten Gruppen sowie die Definitionsmacht der Polizei und weitere Faktoren können zu Verzerrungseffekten beitragen, die bei der Interpretation zu beachten sind (Camino 2025a, 8 f.).

Als Hasskriminalität werden vorurteilsmotivierte Straftaten in der Statistik der „Politisch motivierten Kriminalität“ erfasst, deren Grundlage ein bundesweit einheitliches Erfassungssystem bildet. Dazu zählen beispielsweise rassistisch, antisemitisch und/oder frauenfeindlich motivierte Propagandadelikte. Darüber hinaus werden unter Hasskriminalität auch vorurteilsmotivierte Straftaten erfasst, die sich zum einen gegen Einzelpersonen etwa in Form von Beleidigungen oder Körperverletzungen richten. Zum anderen können auch Sachbeschädigungen an Gebäuden von Institutionen oder Einrichtungen gezählt werden. Körperverletzungen, Erpressung, Tötungsdelikte oder Brandstiftungen werden als Gewaltdelikte im Bereich der „Politisch motivierten Gewaltkriminalität“ gezählt.[10]

Im Bundesland Schleswig-Holstein stiegen rechtsmotivierte Straftaten im Bereich der Hasskriminalität von 295 Fälle in 2022 auf 719 Fälle in 2024 an. Für das Jahr 2025 wurde hingegen ein Rückgang um 94 Fälle auf 625 Fälle verzeichnet. Im Jahr 2025 werden davon insgesamt 20 Fälle rechtsmotivierter Hasskriminalität in der Stadt Neumünster erfasst. Eine Zeitreihe von 2022 bis 2025 zeigt auch für die Stadt Neumünster einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 14: Entwicklung von Hasskriminalität im Phänomenbereich PMK -rechts- (2022-2025, Anzahl der Fälle)

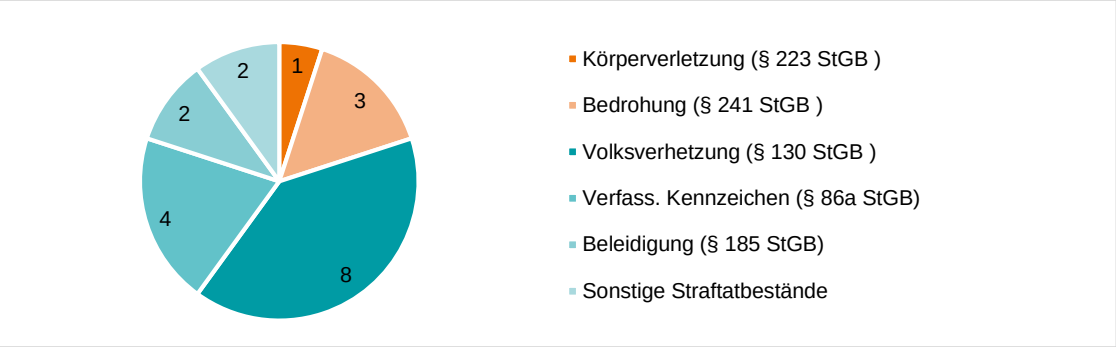


Quelle: Die Daten sind Kleinen Anfragen im Schleswig-Holsteiner Landtag entnommen (Schleswig-Holsteinischer Landtag 2023, 2024, 2025, 2026), eigene Berechnung und Darstellung. Aufgrund veränderter Abfragen im Schleswig-Holsteiner Landtag ist eine Darstellung vor 2022 nicht möglich.

Werden ausschließlich die 20 erfassten Fälle im Jahr 2025 betrachtet, zeigt sich rechtsmotivierte Hasskriminalität in Neumünster meist als Volksverhetzung (§ 130 StGB) oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger oder terroristischer Organisationen (§ 86a StGB). Insgesamt wurden 12 der 20 Fälle (60 %) einem dieser beiden Straftatbestände zugeordnet. In 20 % der Fälle handelte es sich um Bedrohung (3 Fälle) oder Körperverletzung (1 Fall). Diese vier Fälle sind potenziell auch bei der unabhängigen Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gezählt, sofern diese Kenntnis über die Fälle erlangt hat.

[10] Zu den weiteren Deliktsbereichen der „Politisch motivierten Gewaltkriminalität“ gehören Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr sowie Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte. Diese spielen im Themenfeld Hasskriminalität allerdings eine untergeordnete Rolle (vgl. hierzu auch Abbildung 14).

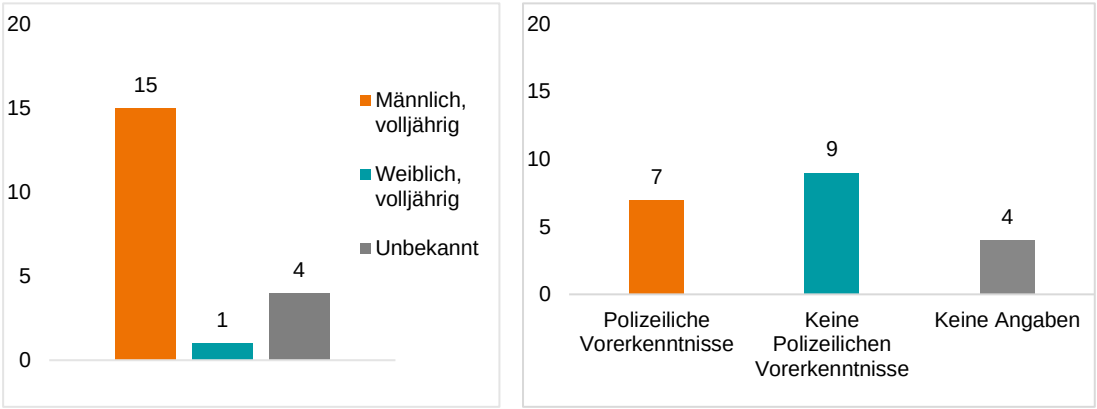
Abbildung 15: Rechtsmotivierte Hasskriminalität in Neumünster (2025) nach Straftatbestand (Anzahl der Fälle)



Quelle: Die Daten sind Kleinen Anfragen im Schleswig-Holsteiner Landtag entnommen (ebd.), eigene Berechnung und Darstellung.

Hinsichtlich der polizeilich erfassten Tatverdächtigen der in Neumünster verübten rechtsmotivierten Hasskriminalität zeigt sich, dass diese überwiegend männlich und volljährig waren. In 15 von 20 Fällen (75 %) wurde der Tatverdächtige als männlich und volljährig charakterisiert. In 7 von 20 Fällen (25 %) waren die Tatverdächtigen bereits durch andere Straftaten polizeilich bekannt.

Abbildung 16: Tatverdächtige bei rechtsmotivierter Hasskriminalität in Neumünster (2025) (Anzahl)



Quelle: Die Daten sind Kleinen Anfragen im Schleswig-Holsteiner Landtag entnommen (ebd.), eigene Berechnung und Darstellung.

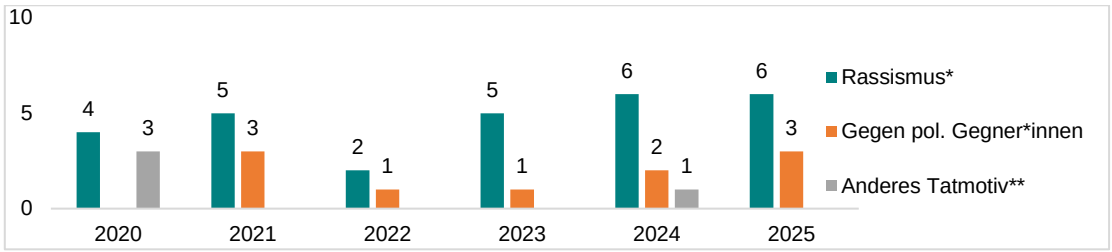
Um die oben genannten Erfassungsprobleme und Verzerrungseffekte im polizeilichen Hellfeld auszugleichen, ist es sinnvoll, bei der Betrachtung rechtsextremer und menschenfeindlicher Phänomene auch die von unabhängigen Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erfassten rechten Gewalttaten zu berücksichtigen. Die hier erfassten Vorfälle sind mit wenigen konzeptionellen Eigenheiten vergleichbar mit den im Bereich der rechtsmotivierten Hasskriminalität erfassten Gewaltdelikten. Unterschiede bestehen etwa in der Gewaltdefinition. So erfassen die unabhängigen Beratungsstellen Nötigungen als Gewalt, welche bei den Landeskriminalämtern nicht in den Bereich der Gewaltkriminalität fällt. Die Landeskriminalämter erfassen demgegenüber Widerstandsdelikte als Teilaspekt der „Politisch motivierten Gewaltkriminalität“, was allerdings bei der Betrachtung von rechtsmotivierter Hasskriminalität zu vernachlässigen ist.

Die unabhängige Beratungsstelle ZEBRA registrierte für das Jahr 2025 insgesamt 156 rechte Gewalttaten, darunter Nötigungen und Bedrohungen, einfache, gefährliche und schwere Körperverletzungen sowie versuchte Tötungsdelikte, aber auch massive Sachbeschädigungen und Brandstiftung in Schleswig-Holstein. Damit werden acht Fälle weniger als im Vorjahr 2024

festgestellt. Dennoch bleiben die registrierten Fälle auf einem anhaltend hohen Niveau, auch im Vergleich zu den Jahren 2022 (104 Fälle) und 2023 (135 Fälle) (Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. 2025).

Insgesamt verzeichnete die unabhängige Beratungsstelle ZEBRA in der Stadt Neumünster 2025 neun rechte Gewalttaten. Bei sechs der neun dokumentierten Taten rechter Gewalt wurde ein rassistisches Tatmotiv festgestellt. Drei weitere Fälle richteten sich gegen politische Gegner*innen. Hierunter können Angriffe gegen linke oder alternative Einrichtungen fallen oder Bedrohungen und Gewalt gegen Menschen aufgrund einer zugeschriebenen politischen Haltung.

Abbildung 17: Betroffene rechter Gewalt in Neumünster (2025)



Quelle: Zentrum für Betroffene rechter Gewalt e.V. Monitoring 2020-2025, online unter: https://www.zebraev.de/monitoring-allgemein/; * inklusive Antimuslimischer Rassismus; ** Andere Tatmotive umfassen Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Gewalt gegen Journalist*innen.

5 HERAUSFORDERUNGEN UND ANSÄTZE

Für die Situations- und Ressourcenanalyse wurden Engagierte und Fachkräfte aus Neumünster in Fokusgruppen zu ihren Erfahrungen und Einschätzungen in Bezug auf die Themen Rechtsextremismus, gesellschaftlicher Zusammenhalt und demokratische Beteiligung befragt. Ergänzend dazu wurden vertiefende Einzelinterviews geführt und ein Werkstattgespräch zur Validierung der Ergebnisse durchgeführt. Die Medien- und Dokumentenrecherche sichert die Ergebnisse durch die Verwendung externer Quellen ab (siehe Abschnitt 2).

Die nachfolgende Darstellung der Herausforderungen in Neumünster sowie daraus resultierende Handlungsansätze basieren überwiegend auf diesen Erhebungen. Ziel ist es, das vorhandene Wissen und die Perspektiven in der Stadt Neumünster zu sichern und systematisch aufzubereiten, um daraus Empfehlungen für die weitere Arbeit der Partnerschaft für Demokratie abzuleiten.

5.1 RECHTSAUßEN PARTEIEN UND JUGENDORGANISATIONEN

Die AfD Neumünster und die Generation Deutschland

In den vergangenen zwei Jahren war die Stadt Neumünster mehrfach Schauplatz neurechter Aktivitäten. Die ‚Neue Rechte' wird nachfolgend als ein heterogenes Spektrum von Organisationen verstanden, welche gemeinsam auf das Erlangen „kultureller Hegemonie" (Antonio Gramsci) abzielen. Die ideologische Grundlage hierfür bildet die Gramsci-Adaption des französischen Gründungsvaters der ‚Neuen Rechten', Alain de Benoist. In seinem Werk *„Kulturrevolution von rechts"* (1985) entwarf er eine strategische Neuausrichtung der politischen Kommunikation innerhalb der extremen Rechten. Diese sieht vor, Deutungshoheit zu gewinnen und den Diskurs nach rechtsaußen zu verschieben. In der Eigenbezeichnung wird hierfür der Begriff der „Metapolitik" verwendet. Narrative wie ein ideologischer „Multikulturalismus", der die Einstellungen der Elite hierzulande präge, und die Wortneuschöpfung „Remigration", um die Vorstellung von „Ethnopluralismus" zu verwirklichen, sind kommunikative Strategien, um sich von der Sprache des Nationalsozialismus und damit von der ‚Old Right' abzugrenzen. Die damit verbundenen Ideologien sind jedoch nach wie vor antidemokratisch und menschenfeindlich.[11]

Die im Juli 2024 in Neumünster vom Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD) organisierte Veranstaltung „Tag des Vorfelds" ist als Bestandteil der strategisch-kommunikativen Ausrichtung der ‚Neuen Rechten' in Schleswig-Holstein zu verstehen. Ziel dieser Aktivitäten ist es, die Vernetzung zum sogenannten „Vorfeld", d.h. zu nahestehenden parteiungebundenen Strukturen zu pflegen. Laut Bericht des Verfassungsschutzes Schleswig-Holstein 2024 waren bei der Veranstaltung auch die gesichert rechtsextreme Initiative „Ein Prozent e.V." sowie das „Compact-Magazin" eingeladen. Letzteres nahm aufgrund eines zu diesem Zeitpunkt laufenden Verbotsverfahrens nicht teil (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2025). Bei der Veranstaltung zeigten einige der Teilnehmenden unter anderem die „White-Power"-Geste (Daubner 2024). Zu Beginn des Jahres 2026 verlegte der Landesverband der AfD seine Landesgeschäftsstelle in den Stadtteil Tungendorf von Neumünster. Die Landesgeschäftsstelle befindet sich nun unweit des AJZ Neumünster, ein seit 1972 bestehendes selbstverwaltetes Kinder-, Jugend- und Kulturzentrum. Die Alternative für Deutschland (AfD) wird im Verfassungsschutzbericht 2025 unter „weitere rechtsextremistische parteigebundene Strukturen" nur noch mit einem Halbsatz erwähnt. Die meisten Nennungen der Partei finden sich hingegen unter der Überschrift „Linksextremistische Bestrebungen".

[11] Für einen schnellen Einstieg in die kritische Auseinandersetzung mit der ‚Neuen Rechten' ist die Broschüre *„Achtungszeichen! Begriffe und Sprache der Neuen Rechten"* von Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (2025) zu empfehlen. Eine vertiefende Auseinandersetzung mit den *„Schlüsseltexten"*, der Rhetorik und den Strategien der ‚Neuen Rechten' findet sich bei Meiering (2022).

Im März 2025 löste sich die Jugendorganisation der AfD „Junge Alternative“ auf. Dies geschah, nachdem sie ab 2023 vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft wurde und auf dem Parteitag der AfD in Riesa im Januar 2025 eine Mehrheit für die Gründung einer neuen, stärker parteigebunden Jugendorganisation stimmte (Halasz 2025). Im November desselben Jahres wurde in Gießen der Bundesverband der „Generation Deutschland“ gegründet. Beim Gründungskongress zitierte der schleswig-holsteinische AfD-Politiker Kevin Dorow eine NS-Parole. Ein Parteiausschlussverfahren fand nicht statt (NDR 2026a). Zwei Monate später, im Januar 2026, zeigte sich Kevin Dorow selbstsicher und formulierte die Haltung der „Generation Deutschland“ bei der Gründung des schleswig-holsteinischen Landesverbands in Neumünster wie folgt:

> *„Die neue Jugendorganisation … ist in ihrer Gesamtheit, in ihrer weltanschaulichen Gefasstheit und auch in ihrer Disziplin iertheit besser, strukturierter und vor allem rechter als die Junge Alternative es jemals gewesen ist“ (Kevin Dorow, zitiert nach: NDR 2026b).*

Der gewählte Vorsitzende der „Generation Deutschland SH“, Jasper Griebel, formulierte in seiner Antrittsrede im Januar 2026 in Neumünster die politische Haltung des Jugendverbands mit den Worten: *„Remigration ist unsere Antwort auf das Scheitern der multikulti Utopie“* (Jasper Griebel, zitiert nach: ebd.). Damit zeigt er eine rhetorische und argumentative Nähe zur ‚Neuen Rechten‘, wie sie bspw. beim Stammautor des „Verlag Antaios“ und Autor der „Jungen Freiheit“, Martin Lichtsmesz, zum Ausdruck kommt. Lichtmesz‘ kann als neurechter Vordenker betrachtet werden, der bereits 2017 den Begriff des „Multikulturalismus“ als eine vermeintlich linke Ideologie markierte, um auf die aus seiner Sicht vorhandene „Allianz zwischen Politik, Medien und radikalen Linken“ hinzuweisen und migrationsfeindliche Positionen durch gezielte Desinformation zu verbreiten (Breidscheid 2022, 377).

Die Nähe zur intellektuellen ‚Neuen Rechten‘ zeigt sich auch in der Medienstrategie der „Generation Deutschland SH“. In den sozialen Medien posten Mitglieder des Landesverbands beispielsweise ein Foto beim Verlagstreffen des neurechten „Jungeuropa Verlags“ in Altenburg (Thüringen). Darauf inszenieren sie sich in beigefarbenen Anzughosen, Polohemden und Sakkos als bürgerlich (generation.sh 2026). Andererseits posten sie Aufnahmen vom Kampfsport. Wie bereits die Identitäre Bewegung nutzt auch die „Generation Deutschland“ ihre Aktionen zur Selbstinszenierung in den sozialen Medien, setzt dabei allerdings bewusst auf Männlichkeit durch die Darstellung von Kampfsport und Fitness. Im April 2026 posierte die „Generation Deutschland SH“ vor dem AJZ Neumünster. Das militante Auftreten dient dazu, politisch Andersdenkende und alternative Strukturen gezielt einzuschüchtern (Harding 2026a).

Die Junge Alternative wird im Verfassungsschutzbericht 2024 für Schleswig-Holstein lediglich einmal im Bereich „Linksextremer Bestrebungen“ als Betroffene eines Outings von Mitgliedern genannt (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2025). Der Landesverband der „Generation Deutschland“ findet mit Blick auf seine Gründung im Jahr 2026 im Verfassungsschutzbericht 2025 für Schleswig-Holstein keine Erwähnung.

Extrem rechte Raumnahme und Medienstrategien

Insbesondere die Einschüchterungsversuche gegen das AJZ Neumünster nahmen im Jahr 2026 zu. Neben der Aktion der „Generation Deutschland SH“ vor dem AJZ Neumünster wurde auch von Hassmails und Drohungen gegen Mitarbeitende der Einrichtung berichtet (Harding 2026b). Diese Einschüchterungsversuche sind als Strategie extrem rechter Raumnahme zu verstehen. Hinzu kommen Versuche von Mitarbeitende der AfD und Mitgliedern des Jugendverbands, die Jugendarbeit im Zuge der kommunalen Gremienarbeit als „linksextrem“ zu diskreditieren, wie zuletzt im Stadtteilbeirat Mitte. Gezieltes Framing und Desinformation in den sozialen Medien sind ebenfalls Bestandteil solcher Diskreditierungsversuche.

Die Befragten beschrieben in den Fokusgruppen den Einsatz von KI-generierten Bildern, um antimuslimische Narrative zu verbreiten (FG 1). Bei migrations- und islamfeindlichen Beiträgen

zeigen sich dabei Medienstrategien der ‚Neuen Rechten' (Affizierung, Framing, Retorsion und Desinformation). Das Vorgehen lässt sich exemplarisch wiederum anhand der Diskreditierung der städtisch geförderten Jugendarbeit nachzeichnen. Grundlage hierfür ist ein Beitrag des Kreisverbands der AfD Neumünster (AfD Landesverband Schleswig-Holstein 2026). In diesem Beitrag wird ein KI-geniertes Bild gezeigt, welches eine von Perspektivlosigkeit geprägte Jugend in Neumünster visualisiert. Der visuelle Reiz des Bildes weckt Assoziationen wie Trostlosigkeit und Verwahrlosung (Affizierung). Mithilfe dieser Bildsprache wird im Beschreibungstext gegen die Jugendarbeit im AJZ Neumünster argumentiert, der eine Nähe zu einem vermeintlich „linksextremen Milieu" unterstellt wird (Framing). Der Kreisverband stützt seine Argumentation auf Beiträge aus dem neurechten Magazin „Junge Freiheit" und gezielte Umdeutungen (Retorsion), indem er die politische Bildungsarbeit ehrenamtlicher Initiativen wie der „Omas gegen Rechts" als vermeintlich linke Indoktrinierung diffamiert. Ein typisches Argumentationsmuster ist hierbei, dass Ereignisse oder statistische Ergebnisse aus dem Kontext gerissen, verzerrt oder bewusst manipulativ wiedergegeben werden (Desinformation). Der Beitrag sieht den Hoffnungsschimmer für die Jugend Neumünsters schließlich in der „Generation Deutschland".

Die HEIMAT/ehemals NPD

Für die Situation in der Stadt Neumünster ist auch die Partei „Die Heimat Neumünster" (ehemals NPD) von Bedeutung. Die rechtsaußen Partei verfügt ebenso wie der Kreisverband der AfD über drei Sitze in der Ratsversammlung der Stadt. Laut Verfassungsschutzbericht 2025 für Schleswig-Holstein konzentrieren sich die Aktivitäten von „Die Heimat" fast ausschließlich auf die Stadt Neumünster. Zu den beobachteten Aktivitäten gehörte im letzten Jahr beispielsweise eine gemeinsam mit dem Jugendverband Junge Nationalisten (JN) durchgeführte Kundgebung gegen den Christopher Street Day (CSD) in Neumünster. Insgesamt beteiligten sich unter dem Titel „Schluss mit Genderpropaganda und CSD" laut Verfassungsschutzbericht etwa 25 bis 30 Personen. Der Verfassungsschutzbericht kommt schließlich zu dem Urteil, dass „Die Heimat" mit Aktionen wie der Gegenveranstaltung zur CSD-Kundgebung keine „nennenswerte Außenwirkung" erzielen könne und sich der „feststellbare Prozess der fortschreitenden politischen Irrelevanz" zukünftig fortsetzen dürfte (Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein 2026, 63 f.).

5.2 FOLGEN DES RECHTSRUCKS IN NEUMÜNSTER

Einschüchterung im Netz bei demokratischer Positionierung

Im Zuge der Fokusgruppen und des Werkstattgesprächs wurde von weiteren Einschüchterungsversuchen gegen demokratisch Engagierte berichtet. Dies betrifft insbesondere die Aktionen, welche vom Runden Tisch für Toleranz und Demokratie und dessen Bündnis organisiert werden. Während des Werkstattgesprächs berichteten teilnehmende Personen, dass es bei Protesten gegen Aktivitäten der ‚Neuen Rechten' zur Einschüchterung demokratisch engagierter Eltern kam. Demnach wurden Fotos von Kindern aus dem Familienbereich in den sozialen Medien verbreitet (WSG). In den Fokusgruppen wiesen die Teilnehmenden darauf hin, dass Berichte über Aktionen des Runden Tisches für Toleranz und Demokratie auf den Facebook- und Instagram-Kanälen von Neumünster TV häufig abwertend kommentiert werden (FG 1).

Besonders häufig und beliebt in den Kommentarspalten zu Aktionen des Runden Tisches für Toleranz und Demokratie ist das Narrativ der Intoleranz (hierzu siehe: Neumünster TV 2026). Die Positionierung für demokratische Werte und gegen die menschenfeindliche Ideologie der ‚Neuen Rechten' wird demnach als „intolerant" und antidemokratisch umgedeutet. Die herangezogenen Argumente basieren teilweise auf Falschinformationen, wenn etwa behauptet wird, dass die AfD als einzige Partei die Einführung von Volksentscheiden fordert. Teilweise werden verzerrte historische Darstellungen und Geschichtsrevisionismus sichtbar, wenn etwa „die Antifa" mit der SA von 1933 verglichen wird, demnach beide zur Durchsetzung politischer Ziele

Andersdenkende körperlich attackierten. Innerhalb der radikalen Linken wird die Frage nach körperlicher Gewalt gegen Andersdenkende unter dem Aspekt von linker Militanz kritisch diskutiert. Im Zuge der Erhebungen benannte keine der teilnehmenden Personen linke Militanz als antifaschistische Strategie, weshalb hierzu keine Aussagen gemacht werden können. Anders ist hingegen der Geschichtsrevisionismus in den Kommentaren zu beurteilen. Dieser verharmlost die systematische Folter von Gegnern des NS-Regimes ab 1933 durch Mitglieder der SS und SA, wie sie u.a. in den „wilden" Konzentrationslagern begangen wurde. Bei der Betrachtung der Kommentarspalten fällt besonders der hämische Tonfall auf, mit dem –unabhängig von der politischen Orientierung – die Beiträge verfasst werden. Es wird deutlich, wie gegenwärtig unter dem Begriff „Demokratie" in Neumünster um Deutungsmacht gerungen wird und dabei die politische Diskussionskultur im Netz verloren geht. Letzteres ist allerdings dafür von Bedeutung, wie Gegenrede im Netz von unbeteiligten Dritten wahrgenommen wird und welche Effekte sie erzielen kann.

Extrem rechte Symbolik und Queerfeindlichkeit an Schulen

Der bundeweite Rechtsruck macht sich auch bei Jugendlichen aus Neumünster bemerkbar. So beschrieb ein Jugendlicher in einem Interview die Situation unter Gleichaltrigen wie folgt:

> *„Der Rechtsruck wird immer stärker und davon sind auch wir Jugendlichen betroffen. Das sieht man auch in den Schulen. Ich weiß, dass in meiner Schule auch schon öfter in den Toiletten irgendwelche Hakenkreuze geschmiert wurden oder ähnliches" (IV).*

Das Auftreten von NS-Symbolik in den Schulen von Neumünster wird auch von Fachkräften der Jugendsozialarbeit beobachtet (FG 1). Zu weiteren neonazistisch orientierten Vorfällen gehört das Zeigen eines Hitlergrußes auf dem Schulgelände (IV). Die Reaktionen auf solche Vorfälle werden von den befragten Personen unterschiedlich interpretiert. Eine Fachkraft aus der Jugendsozialarbeit nahm das Verhalten der Jugendlichen in Reaktion auf solche Vorfälle als entweder hinnehmend oder befürwortend wahr. Die Befürwortung basierte aus Sicht der Fachkraft auf einem Argumentationsmuster, welches das Verhalten als Ausdruck von Meinungsfreiheit rechtfertige (FG 1). Mit Blick auf das schulische Personal und dessen Umgang mit rechtsextremer Symbolik wurde seitens des Jugendlichen kritisch angemerkt, dass die mit Bleistift an die Wand gemalten Hakenkreuze über Monate nicht entfernt wurden. Der Jugendliche erzählte von einer dritten Reaktion, bei der Schüler*innen mittels Überklebens eigenmächtig aktiv werden und Gegenwehr in Bezug auf rechtsextreme Propaganda an Schulen leisten (IV). Zu betonen ist hinsichtlich dieser Vorfälle, dass beispielsweise der Jugendliche die Gründe für das verspätete Entfernen auf *„Kommunikationsprobleme"* oder fehlende Dringlichkeit zurückführt und eine Duldung als Ursache explizit verneint (IV).

Die interviewten Fachkräfte nahmen darüber hinaus wahr, dass transfeindliche, homophobe und sexistische Äußerungen unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zunehmen. Insbesondere aus der Erwachsenenbildung wird von einer hohen Ablehnung gegenüber queeren Lebensweisen sowie von Beleidigungen und abwertenden Äußerungen berichtet, die auch dazu führen, dass queere Mitschüler*innen etwa auf das Tragen von Regenbogensymbolen verzichten, wie folgende Erzählungen aus dem Schulkontext zeigen:

> *„… ich weiß natürlich von Schüler*innen, die zum Beispiel homosexuell sind und die sich nicht trauen, das offen zu zeigen oder offen zu leben …" (FG 1).*

Eine weitere Person führte weiter aus, wie betroffene Schüler*innen mit der feindseligen Stimmung umgehen, und welche Coping-Strategien sie beobachtet habe:

> *„Das [Queerfeindlichkeit, eig. Anm.] ist das massivste Thema bei uns gerade, womit sich die Schulen melden. Das äußert sich in Dominanz, dass dann der Raum eingenommen wird und dass die Kids mit dem Regenbogensticker immer leiser werden und den Sticker auch mittlerweile mit Klettverschluss befestigen, um ihn im Falle des Falles abmachen zu können" (FG 1).*

Ergänzend wurde aus der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Erfahrung geschildert, dass Antifeminismus oft als Brückenideologie wirke. Demnach sind Queerfeindlichkeit und Sexismus für junge Menschen oft der *„Startschuss“*, um Allianzen zu bilden. Diese Formen der Abwertung können schließlich auch als *„Übergang“* in die *„klassische NS- oder Parteischiene“* dienen (FG 1)

Separierungs- und Radikalisierungsprozesse in migrantischen Communitys

Die Befragten aus den Fokusgruppen berichteten, dass sie innerhalb der mulimischen Gemeinden in Neumünster eine Polarisierung bei der Thematik Israel und Palästina wahrnehmen (FG 1). Einzelne der Befragten beobachteten, dass sich migrantische Gruppen innerhalb der Moschee separieren und es unter Migrant*innen zu Ausgrenzungen aufgrund der Herkunft kommt (FG 1). Neben virulenten Verschwörungserzählungen innerhalb der verschiedenen Communitys, wonach die eigene Gruppe von *„Außenmächten zerstört wird“,* kann auch die Wahrnehmung, dass seit 2015 antimuslimische Tendenzen *„stark angewachsen“* sind (FG 1) und ein damit verbundener Prozess der Co-Radikalisierung (Öztürk/Pickel 2024) als Erklärungsansatz in Betracht gezogen werden.

5.3 ENGAGEMENT GEGEN DEN EINFLUSS VON RECHTSAUßEN

Anders als es die Narrative und Kommentare in den sozialen Medien darstellen, protestiert in Neumünster regelmäßig ein breites Bündnis mit dem Runden Tisch für Toleranz und Demokratie gegen die Aktivitäten der ‚Neuen Rechten‘, wie beispielsweise Vertreter*innen von CDU, SPD, Grünen, SSW und Volt beim „Tag des Vorfelds“ im Jahr 2024 (NDR 2024).

Ein anderes Beispiel für das Engagement gegen die migrationsfeindliche Position der ‚Neuen Rechten‘ ist ein Gegenprotest im Januar 2025. Damals organisierten Mitglieder der Jungen Alternative mit Mitgliedern des Landesvorstands, wie Kevin Dorow, einen Protest in Neumünster-Gadeland, dessen Route an der zentralen Aufnahmeeinrichtung des Landes Schleswig-Holstein vorbeiführte und bei dem Forderungen nach „Remigration“ skandiert wurden. Insgesamt beteiligten sich etwa 2.000 Menschen an der Gegenveranstaltung, darunter auch die Sozialministerin der Landesregierung in Schleswig-Holstein (Schleswig-Holstein Magazin/NDR 2025). Befragte der Fokusgruppen weisen zudem auf eine breite Beteiligung aus der Zivilgesellschaft hin, etwa durch Personal aus den Schulen von Neumünster sowie der Kirche und kirchennahen Wohlfahrtseinrichtungen (FG 2).

Wertschätzung für demokratisches Engagement

Diese exemplarisch gewählten Demonstrationen für Toleranz und Vielfalt aus den letzten zwei Jahren zeigen, dass antidemokratische und menschenfeindliche Aktivitäten in Neumünster in der Öffentlichkeit nicht unwidersprochen bleiben. Im Rahmen der Fokusgruppen wurde allerdings auch darauf hingewiesen, dass Kundgebungen dieser Art nicht immer die zahlenmäßige Stärke wie im Januar 2025 aufweisen (FG 2). Eine Fachkraft aus dem Bildungsbereich gab dahingehend zu bedenken, dass sich ähnlich wie im Klassenraum häufig bei den Anwesenden über die Abwesenden beschwert wird, anstatt die Anwesenden zu loben. Die Beteiligten betrachteten es als notwendig, mehr Wertschätzung für diejenigen aufzubringen, welche gegenwärtig bereits Demokratiearbeit in Neumünster leisten.

Ein gemeinsames Zukunftsbild und geteilte Werte als Grundlage des Engagements

Ein weiterer Aspekt in den Diskussionen der Fokusgruppen war die selbstkritische Beurteilung vergangener Kundgebungen für Toleranz und Vielfalt in Neumünster. Das Engagement gegen den Einfluss von Rechtsaußen wurde als reaktive Strategie bewertet (FG 1; FG 2). Die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann sich jedoch nicht einzig aus dem Widerstand gegen Aktivitäten von Rechtsaußen speisen. Aus Sicht der befragten Personen handelt es sich dabei um ein allgemeines Problem der gegenwärtigen antifaschistischen Bewegungen, wenn sich deren

Aktionen sinnbildlich auf das Schreien von *„Nazis raus“* beschränken (FG 1). Die an den Fokusgruppen beteiligten Personen beobachteten, dass gegenwärtig eine *„gemeinschaftliche Vision“* fehle, die eine Perspektive aufzeigt, wofür sich die Menschen stattdessen einsetzen können (FG 1; FG 2).

Exemplarisch für den Bedarf innerhalb der antifaschistischen Bewegung wird dabei der partizipative Entwicklungsprozess eines unternehmerischen Leitbildes angeführt. Demnach habe die Frage danach, warum Mitarbeitende in einem Neumünsteraner Unternehmen arbeiten, zu dem Ergebnis geführt, dass *„Anerkennung, Wertschätzung und Respekt“* (FG 1) zentrale Werte für die Beschäftigten sind. Seitdem stehen diese Werte und damit das Wohlbefinden der Mitarbeitenden über dem unternehmerischen Profit. Diese Leitbildarbeit hat aus Sicht der befragten Personen schließlich zu dem Ergebnis geführt, dass sich die Bilanz des Unternehmens deutlich verbessert hat. Die Notwendigkeit eines städtischen Leitbildes zur Stärkung der Demokratiearbeit wird von der Mehrheit der Beteiligten geteilt, wenngleich auf die Herausforderungen eines partizipativen Entwicklungsprozesses außerhalb eines kleinen oder mittleren Unternehmens hingewiesen wird. Eine befragte Lehrkraft führte dahingehend aus, dass im Schulbereich neben dem schulischen Fachpersonal auch die Eltern und Schüler*innen in den Entwicklungsprozess einbezogen werden müssen (FG 2).

In der Stadt Neumünster werden gegenwärtig verschiedene Ansätze erprobt, welche Grundlage für ein gemeinsames Zukunftsbild sein können. Einer dieser Handlungsansätze ist die Aktion *„Demokratie ist, wenn …“* durch den Runden Tisch für Demokratie und Toleranz. Im Rahmen dieser Plakataktion vervollständigen Menschen aus Neumünster den Satz „Demokratie ist, wenn…“ mit ihren demokratischen Werten und Prinzipien. Etwa 250 Menschen aus Neumünster haben sich bereits an dieser Aktion beteiligt. Besonders häufig kann man dabei die demokratischen Prinzipien Meinungsvielfalt und Mitbestimmung sowie die Unantastbarkeit der Menschenwürde lesen. Aber auch Themen wie Chancengerechtigkeit, Respekt und der Schutz von Kinderrechten sind für die Stadtbevölkerung von Neumünster wichtige demokratische Werte.[12]

Musikalische Ansätze können, wie in einer der beiden Fokusgruppen ausgeführt wurde, dazu beitragen, diese Werte durch eine *„universelle Sprache“* zu transportieren (FG 1). Durch unterschiedliche Genres können dabei verschiedene Zielgruppen adressiert werden. So wurde in einem Projekt mit Jugendlichen ein „Grundgesetz-Rap“ aufgenommen und im Pop Genre ein „Demokratie-Song“ komponiert.

Demokratische Positionierung in den Schulen von Neumünster

Konkret richten sich auch Ansätze an Schulen in Neumünster gegen ideologische Narrative und Verschwörungserzählungen, welche durch die ‚Neue Rechte‘ verbreitet werden. Die befragten Fachkräfte aus dem Schul- und Jugendbereich ebenso wie der interviewte Jugendliche aus Neumünster erzählten, dass die Ursache darin gesehen werden kann, dass die AfD gezielt die sozialen Medien zur Ansprache von jungen Menschen nutzt (FG 2) und insbesondere der AfD-Politiker Maximilian Krah mit seinen TikTok Videos eine hohe Reichweite erzielte (IV). Der AfD-Politiker wurde aufgrund des Verbreitens von Verschwörungserzählungen über den „Großen Austausch“ schließlich im Jahr 2024 für 90 Tage von der Plattform eingeschränkt (Nickschas/ARD-Hautpstadtstudio 2024). Die Videos von Maximilian Krah und deren Inhalte wurden in Neumünster in mindestens einer Klasse durch die Klassenlehrkraft thematisiert und kritisch eingeordnet. Dabei kam es auch vor, dass Mitschüler*innen befürwortend oder belustigt reagierten (IV). In weniger vorbereiteten Situationen können solche populistisch-provokanten Aussagen oder Verschwörungserzählungen jedoch auch den schulischen Rahmen *„sprengen“ (FG 1)*. Zudem sind die Ressourcen an Schulen für ein solches Aufklärungsangebot begrenzt, wie folgende Einschätzung deutlich macht:

[12] Die Galerie zur Plakataktion *„Demokratie ist, wenn…“* findet sich unter: https://rundertisch-neumuenster.de/galerie-demokratie/, zuletzt abgerufen am 11.06.2026.

„Es gibt Schulen [in Neumünster, eig. Anm.], die machen sich auf den Weg. … Es gibt aber auch eine Menge Kolleginnen und Kollegen, die sagen, ich schaffe das nicht mehr“ (FG 1).

Die befragten Fachkräfte aus dem Bereich der Schulsozialarbeit wiesen deshalb darauf hin, dass es in Neumünster gegenwärtig an attraktiven Angeboten fehlt, die sich mit den Themen auseinandersetzen, die von der extremen Rechten instrumentalisiert werden. Demnach bedarf es weiterer Angebote im Bereich kritischer Männlichkeit und Antifeminismus sowie zur Förderung von individueller Resilienz gegen antidemokratische Narrative, welche die Schüler*innen darin bestärken, produktiv mit gesellschaftlichen Unsicherheiten umzugehen und die Ambiguität politisch kontroverser Themen auszuhalten (FG 1).

5.4 VERTRAUEN IN KOMMUNALE INSTITUTIONEN UND POLITIK

In den Fokusgruppen richtete sich die Diskussion auch auf die Phänomene Demokratieskepsis, Demokratiedistanz und das Misstrauen in kommunale Institutionen sowie Behörden. Bereits weiter oben wurde auf die allem Anschein nach ideologisch motivierten Aushandlungsprozesse in den sozialen Medien um den Begriff „Demokratie“ hingewiesen (Abschnitt 5.2). Im Folgenden geht es hingegen darum, wie kommunale Institutionen, Behörden und Entscheidungen in der Stadt Neumünster durch die Wohnbevölkerung wahrgenommen werden. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass es sich hier um die Einschätzungen der befragten Personen in den Fokusgruppen und Einzelinterviews handelt, welche Wahrnehmungen ihrer Klient*innen und Zielgruppen rekonstruierten, mit denen sie in ihrer Arbeit in Kontakt kommen. Unabhängig von dieser methodischen Einschränkung kann ein erodiertes Vertrauen in kommunale Institutionen und Behörden sowie politische Entscheidungen auch dazu beitragen, dass sich Menschen seltener demokratisch beteiligen oder sich von der liberalen Demokratie abwenden.

Erfahrungen mit kommunalen Institutionen und Behörden

Die befragten Personen schilderten unterschiedliche Einschätzungen zum Vertrauensverlust in die kommunalen Strukturen der Stadt Neumünster, abhängig von ihren jeweiligen Arbeits- und Tätigkeitsbereichen.

Nur im Fall der Ausländerbehörde der Stadt Neumünster wurde von teils *„erschreckenden“* Erfahrungen im Umgang mit ausländischen Personen berichtet (FG 2). Andere Teilnehmende erzählten allerdings auch von einem Organisationsentwicklungsprozess innerhalb der Ausländerbehörde, welcher dazu beigetragen hat, interkulturelle Kompetenzen in der Behörde zu stärken. Der Organisationsentwicklungsprozess spricht sich demnach auch innerhalb der Stadtbevölkerung von Neumünster herum, wodurch Vertrauen in die kommunale Behörde aufgebaut werden kann (IV).

Berichten und Erzählungen von Teilnehmenden der Fokusgruppen zufolge bestehen auch in anderen Bereichen teils unbegründete oder überhöhte Sorgen und Ängste vor staatlichen Maßnahmen des Kinderschutzes, wie am Beispiel des Jugendamts erklärt wird. So besteht für den Bereich der Familien- und Jugendhilfe ein hohes Misstrauen gegenüber der kommunalen Einrichtung. Zusammenfassend beschreibt eine befragte Person dieses Misstrauen folgendermaßen: *„Erzähl wenig, hab wenig mit denen zu tun, sei froh, wenn sie dich in Ruhe lassen“* (FG 2). Ein Misstrauen, was aus Sicht der beteiligten Personen auch auf Unwissenheit über die umfangreichen Möglichkeiten der Hilfen zur Erziehung zurückgeführt wird, demgegenüber die Möglichkeit der Inobhutnahme wie ein Schreckensbild in der Bevölkerung kursieren, weshalb die Familienhilfe und das Jugendamt insgesamt als Risiko wahrgenommen werden.

Über die Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und der Jugendberufsagentur in Neumünster wurde besonders positiv berichtet. Demnach machen die Berufsschüler*innen mit der Jugendberufsagentur in der Regel gute Erfahrungen, was sich darin auszeichnet, dass sie in einem für sie angemessenen Tempo die notwendige Hilfe und Unterstützung erhalten und

freiwillig zu Folgeterminen erscheinen. Dabei gelingt die Zusammenarbeit zwischen den jungen Erwachsenen und der Behörde gerade deshalb, weil diese die Beratung in den Schulen von Neumünster umsetzt. Dieser Zugangsweg zu den jungen Menschen hilft beim Vertrauensaufbau, was sich aus Sicht der Befragten schließlich vorbeugend auf Sorgen und Ängste vor dem Jobcenter auswirkt (FG 2).

Eine bürgernahe und lösungsorientierte kommunale Verwaltung wird als besonders wertvoll zum Abbau von Misstrauen betrachtet. Dies zeigt auch die folgende Einschätzung über die Mitarbeitenden im Rathaus von Neumünster, welche überwiegend wertschätzend ausfällt:

> *„Und natürlich sind das Institutionen im öffentlichen Bereich, denen nicht mehr geglaubt wird, wo man sich nicht mehr aufgehoben fühlt, [obwohl] gerade hier im Rathaus, alle nur dafür da sind, und das ist auch meine Erfahrung, sich für den Bürger und die Bürgerin einzusetzen … Das kann man aber nur erfahren und lernen, wenn man bestimmte Probleme dort auch gemeinsam gelöst bekommt“ (FG 2).*

Vertrauen in kommunale Entscheidungen durch Partizipation

Nicht nur im Bereich der Hilfe und Unterstützung und bei der Bearbeitung von kommunalen Verwaltungsangelegenheiten (z.B. im Meldewesen, bei der Ausstellung von Ausweisdokumenten und der Aufenthaltsgenehmigung) haben die Menschen der Stadt Neumünster über die Mitarbeitenden in Form kommunaler Strukturen einen Kontakt zum Staat.

Indirekt für das Vertrauen in die liberale Demokratie ist auch die finanziell angespannte Situation der kommunalen Haushalte von Bedeutung, von der auch die Kommunen in Schleswig-Holstein sowie die Stadt Neumünster betroffen sind. Im Zuge der Fokusgruppen wurden mehrere Beispiele aus dem schulischen Bereich angeführt, die aus Sicht einer befragten Person ein Zeichen dafür sind, dass sich *„die Stadt Neumünster in wichtigen Punkten aus der Verantwortung für Fürsorge und Zuwendung rauszieht“* (FG 2). Exemplarisch wird dies daran sichtbar, dass beschädigte Klettergerüste auf dem Pausenhof ohne Ersatz bleiben, obwohl diese für die Fähigkeit, eigene Grenzen wahrzunehmen, relevant sind. Ohne diese Möglichkeiten würden Grenzen auf andere Art und Weise ausgetestet. Und auch in einem der geführten Einzelinterviews wird mit Sorge auf die kommunale Haushaltslage und möglicherweise bevorstehenden Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe geschaut (IV 2).

Neben der kritischen Beurteilung konkreter fiskalpolitischer Entscheidungen in der Stadt Neumünster weisen diese Einschätzungen auch auf die besondere Rolle hin, welche die Haushaltsentscheidungen für das Vertrauen in die liberale Demokratie spielen. Denn das Vertrauen in politische Entscheidungen hängt auch davon ab, wie kommunale Mittel verteilt und ausgegeben werden. Die Bundeszentrale für politische Bildung (2023) weist in diesem Zusammenhang und basierend auf zwei empirischen Studien darauf hin, dass Bürgerhaushalte sich positiv auf das individuelle Vertrauen in Politik und kommunale Entscheidungen auswirken können.

Positive Effekte für das individuelle Verhältnis zur Demokratie durch Verfahren der Bürgerbeteiligung wurden auch durch die Befragten in den Fokusgruppen diskutiert. Hierauf begründen sich etwa die Initiativen für einen Bürgerrat in der Stadt Neumünster, welche erstmals bereits 2018 entstand. Damals gaben Mitglieder von Attac Neumünster den Impuls für einen losbasierten Bürgerrat. Das Instrument wurde jedoch erst im Jahr 2022 durch die Ratsversammlung in Form eines Modellprojekts beschlossen. Grundlage für den Klimabürgerrat der Stadt Neumünster war ein auf dem Zufallsprinzip basierendes Auswahlverfahren. Befragte der Fokusgruppen schätzten dessen Effekte jedoch als begrenzt ein, weil sie diesen als eine Form der *„Alibi-Veranstaltung“* bewerten, was auch auf eine zu stark strukturierte Beschlussvorlage zurückgeführt wird (FG 2). In der öffentlichen Debatte wird der Klimabürgerrat hingegen explizit nicht als *„Alibi-Veranstaltung der Verwaltung“* betrachtet und vorstrukturierte Problemstellungen sowie Lösungsmöglichkeiten als notwendig erachtet, um der Beliebigkeit des Beteiligungsverfahrens entgegenzuwirken. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse in direktes

Verwaltungshandeln übersetzt werden sollten (Harding 2023). Eine externe Bewertung der erreichten Effekte kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Die Umsetzung des Klimabürgerrats wurde zwar durch ein wissenschaftliches und auf Beteiligungsverfahren spezialisiertes Institut begleitet, jedoch fand keine wirkungsorientierte Evaluation des Modellprojekts statt.

5.5 STÄRKUNG DEMOKRATISCHER BETEILIGUNG

Die Stärkung demokratischer Selbstwirksamkeit durch teilhabeorientierte Maßnahmen und die Entwicklung innovativer Formate sind Kernziele der Partnerschaften für Demokratie und spielen aus Sicht des Bundesprogramms auch beim Abbau von „Demokratieskepsis“ eine tragende Rolle (siehe Abbildung 2). In den Fokusgruppen, den Einzelinterviews und im Werkstattgespräch wurden dahingehend verschiedene Ideen und Ansätze diskutiert. Ein besonderes Anliegen der Beteiligten war dabei die Suche nach neuen und aktivierenden Formaten, damit *„nicht immer die Gleichen kommen“* (WSG, IV).

Beteiligungshürden, fehlende Transparenz und mangelnde Sichtbarkeit von Ergebnissen

Die Teilnehmenden der Fokusgruppen stellten mit Blick auf die Erfahrung von Selbstwirksamkeit durch demokratische Beteiligung heraus, dass diese insbesondere dann entsteht, wenn Ergebnisse des Engagements sichtbar werden. Exemplarisch wurde dies anhand von Petitionen und selbstorganisierten Initiativen verdeutlicht (FG 2). Bei städtischen Beteiligungsprozessen ergeben sich dahingehend mehrere Herausforderungen. Zum einen beschrieben die Befragten in den Fokusgruppen klassische Teilhabehürden, demnach Menschen in Fließband- oder Schichtarbeit seltener erreicht werden als die Personen, die über *„Tagesfreizeit“* verfügen oder die gut situiert und deren *„Akkus voll“* sind (FG 2). Eine der befragten Personen, die sich in Neumünster für unterschiedliche Bürgerbegehren und Petitionen einsetzt, formulierte zudem den Eindruck, dass sie in Gesprächen immer wieder Menschen begegnet, *„die sich sonst gar nicht gefragt fühlen oder sich gar nicht beteiligt fühlen“,* im direkten Kontakt aber die Möglichkeiten zur Beteiligung wahrnehmen (FG 2). Neben den sozialökonomisch bedingten Teilhabehürden und dem Eindruck fehlender Beteiligungsmöglichkeiten wurde auch die Herausforderung geschildert, dass Informationen über den Ausgang von Beteiligungsprozessen die Beteiligten oft nicht mehr erreichen (FG 2).

Die Stadt Neumünster verfügt mit Neumünster TV über eine Plattform, die ein kostenloses, mehrsprachiges und digitales Informationsangebot bereitstellt, welches auch über kommunalpolitische Themen wie zum Beispiel Beteiligungsverfahren aufklären kann. Die Initiative für das ehrenamtlich organisierte Angebot entstand aus der Beobachtung, dass die Stadt viele Informationen zur Verfügung stellt. Diese Informationen erreichen jedoch oftmals die Menschen in der Stadt nicht. Neben Sprachbarrieren ist aus Sicht von Befragten die Mediennutzung ein Grund dafür, dass migrantische Gruppen seltener von der Stadt erreicht werden. So informieren sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte häufiger über *„Heimatmedien“* und über die Politik ihrer Heimatländer. Diese Gründe haben dazu geführt, ein mehrsprachiges Onlineangebot zu entwickeln. Das Ziel hinter Neumünster TV ist, dass Menschen „*auch [in ihrer] Muttersprachen ab dem ersten Tag [in Deutschland] Informationen kriegen“*, um Ankommen, Integration und Teilhabe von Neuzugewanderten in Neumünster zu erleichtern (IV). Neumünster TV verfügt mit knapp 29.500 Followern auf Facebook und etwa 38.000 Followern auf Instagram über eine große Reichweite. Projektbeteiligte und Außenstehende gehen sogar davon aus, dass beinahe jeder Haushalt in Neumünster von dem Angebot erreicht wird (IV). Demnach sei Neumünster TV für Jugendliche *„die Plattform Nummer eins, wo es Nachrichten und Neuigkeiten gibt“*, wie im Interview ein Jugendlicher aus Neumünster betonte (IV).

Die Thematik fehlender Informationen und Transparenz zeigt sich auch hinsichtlich der Ressourcen in der Stadt Neumünster. So wurde beispielsweise in einer der beiden Fokusgruppen berichtet, dass lokale ehrenamtliche Initiativen und Jugendgruppen nicht ausreichend über die

vorhandenen und kostenlos mietbaren Räume in der Stadt Neumünster informiert sind, wie sie zum Beispiel im Haus des Jugendverbands Neumünster (JVN) existieren (FG 1). In der zweiten Fokusgruppe wurde hingegen auf die hohen Kosten für Tontechnik und Bühnenprogramm bei Kundgebungen hingewiesen, während eine weitere teilnehmende Person anmerkte, dass solche Ressourcen teilweise im Ausleihpool lokaler Akteure vorhanden sind (FG 2). Ein Ansatz für die Partnerschaft für Demokratie könne aus Sicht der Beteiligten daher sein, eine „Bibliothek der Dinge" aufzubauen, die innerhalb der Netzwerke einen Wissenstransfer und Transparenz über Leihgeräte und kostengünstige räumliche Ressourcen schafft (FG 2).

Aufsuchende und bedarfsorientierte Beteiligungsformate

Die Mehrheit der Teilnehmenden an den Erhebungen war sich außerdem einig, dass für die Entwicklung von Formaten und Maßnahmen die Menschen der Stadt Neumünster direkt einbezogen werden sollten. Von verschiedenen Personen wurden deshalb aufsuchende Beteiligungsformate als notwendig erachtet, um bedarfsorientierte Maßnahmen zu entwickeln.

Konkret formulierten die Beteiligten den Ansatz, zunächst eine Ansprechbarkeit von Trägern und Vereinen, die sich mit den Zielen der Demokratiearbeit identifizieren, für die Sorgen und Nöte der Menschen zu schaffen. Der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz initiierte hierfür die Aktion *„Vielfalt trifft Engagement",* bei der wechselseitig die 53 Mitgliedsorganisationen des Bündnisses einen Info-Stand auf dem Großflecken bespielen. Der Großflecken ist der zentrale Stadtplatz in der Innenstadt von Neumünster. Hier soll mit einer *„menschlichen Plattform und einem offenen Ohr für alle Bürger*innen … ein sichtbares Zeichen für Dialog, Zusammenhalt und demokratische Werte"* zu setzen.[13] Ein Mitglied des Runden Tisches für Demokratie und Toleranz formulierte die Idee dieser Aktion folgendermaßen:

> *[Durch die Aktion ist] gewährleistet, dass auch der Runde Tisch stets für das Thema ‚Demokratie und Toleranz' präsent und ansprechbar ist. Und dass die Menschen wissen, wenn sie Sorgen oder Nöte haben, dort ist auch immer jemand da, der zuhört. Wo man einfach auch mal Kaffee trinken und schnacken kann" (FG 2).*

Die daraus resultierenden Themen und Bedarfe, die die Menschen in den Gesprächen an die Träger und Vereine richten, können der Ausgangspunkt für die Entwicklung weiterer Maßnahmen der Partnerschaft für Demokratie sein. Denn aus Sicht einer der befragten Personen gelingen teilhabeorientierte Maßnahmen besonders gut, wenn sie bedarfsorientiert bei den Themen der Zielgruppe ansetzen. Weniger erfolgreich sind hingegen Projekte, die sich einzig auf die Interessen der Träger und Vereine stützen und dadurch wenig Alltagsnähe für die zu erreichenden Menschen aufweisen (IV).

Lebenswelt- und alltagsnahe Demokratieangebote

Wie bereits weiter oben geschildert, lässt sich eine niedrige Wahlbeteiligung in Stadtteilen beobachten, in denen verhältnismäßig viele Menschen unterschiedlicher migrantischer Communitys leben. Dahingehend wurde in den Fokusgruppen und Einzelinterviews die These formuliert, dass eine niedrige Wahlbeteiligung unter Migrant*innen dazu beiträgt, dass die Stimmanteile für Parteien am äußeren rechten Rand prozentual mehr ins Gewicht fallen (FG 1; IV). Gleichzeitig wurde gezeigt, dass die niedrige Wahlbeteiligung in migrantischen Communitys nicht mit der Abkehr von demokratischen Werten in Verbindung gebracht werden darf (siehe Abschnitt: **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**). Hierauf deuten auch Berichte hin, wonach die Beteiligung von einzelnen migrantische Communitys in den Wahllokalen in Neumünster für die Wahl in ihren jeweiligen Heimatländern auffallend hoch ausfällt (IV). Diese Beobachtung kann unter Umständen auch darauf zurückgeführt werden, dass die Menschen teilweise auch nach Jahren in Neumünster eher die politischen Themen verfolgen, die ihre Heimatländer

[13] Der aktuelle Terminkalender der Aktion *„Vielfalt trifft Engagement"* findet sich unter: https://rundertisch-neumuenster.de/projekte-aktionen/, zuletzt abgerufen am 11.06.2026.

betreffen und weniger die kommunalpolitischen Themen (IV). Eine lebensweltnahe Ausrichtung an Themen, Fragestellungen und politischen Entwicklungen, welche die Menschen in ihrem Alltag interessieren, erscheint daher sinnvoll und notwendig. Aufsuchende Ansätze können Zugangswege sein, um die Menschen dennoch zu adressieren. Hierzu zählt etwa die persönliche Ansprache in den Wohnvierteln durch parteigebundene Strukturen, welche den Menschen beim „Haustürwahlkampf" zuhören oder die Durchführung von Aktionen wie *„Vielfalt trifft Engagement"* in den Wohngebieten der Stadt Neumünster, wie es in einer Fokusgruppen vorgeschlagen wurde (FG 2). Darüber hinaus bestehen Möglichkeiten durch die Elternarbeit in pädagogischen Einrichtungen, um im Elterngespräch einen Bezug zwischen individueller Lebenssituation und politischen Entscheidungen herzustellen (IV). Ein enger Austausch zwischen der Partnerschaft für Demokratie und den Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen der Stadt ist entsprechend wichtig, um lebenswelt- und alltagsnahe Angebote zu entwickeln.

Institutionelle Zugangswege und attraktive Zielgruppenansprache

Die pädagogischen und bildungsorientierten Institutionen stellen aus Sicht der befragten Personen wichtige Zugangswege zu unterschiedlichen Zielgruppen in der Stadt Neumünster dar. Wie bereits mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und der Jugendberufsagentur deutlich geworden ist, kann die Ansprache von Zielgruppen in den ihnen vertrauten Räumen die Akzeptanz von Angeboten fördern. Für die Entwicklung von teilhabeorientierten Maßnahmen und Formaten zur Stärkung demokratischer Beteiligung ergeben sich hieraus ebenfalls Möglichkeiten in der Stadt Neumünster. So verwies beispielsweise eine der befragten Personen auf die Sprachkurse, die u.a. von der Türkischen Gemeinde sowie den Sozialverbänden Diakonie, Caritas und AWO umgesetzt werden (IV). Diese Kurse stellen ebenfalls vertraute Orte dar und können Ansatzpunkte sein, um in Kooperation mit den umsetzenden Trägern die Möglichkeiten der Partnerschaft für Demokratie bekannt zu machen und gemeinsam mit verschiedenen Zielgruppen teilhabeorientierte Formate zu entwickeln.

Beteiligung braucht Lern- und Entwicklungsräume

Die im Rahmen der Situations- und Ressourcenanalyse befragten Fachkräften aus der Kinder- und Jugendarbeit, der Schulsozialarbeit sowie Lehrkräfte sahen mit Blick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Neumünster weiteren Handlungsbedarf. In einer Fokusgruppe kristallisierte sich heraus, dass es Lernorte für Jugendbeteiligung in Neumünster braucht bzw. die vorhandenen Lernräume ausgebaut werden sollten. Aus Sicht der befragten Personen beginnt dies bereits in der Kindertagesstätte, wo erste Erfahrungen von Mitbestimmung gemacht werden. Diese Erfahrungen, so schilderten es die Befragten, brechen jedoch häufig mit dem Schuleintritt ab (FG 2). Übergänge sollten deshalb so gestaltet sein, dass Fähigkeiten und Kompetenzen durch die nachfolgende Bildungseinrichtung aufgegriffen werden.

Mit Blick auf die Schulen in Neumünster wurde angemerkt, dass echte Formen der Mitbestimmung, wie diese im Stufenmodell der Partizipation[14] beschrieben werden, bei Partizipationsprozessen an Schulen teils noch nicht erreicht werden. Mit Blick auf die eigenen Möglichkeiten als pädagogische Fachkraft wurde hingegen geschildert, dass *„sehr viel Gestaltungs- und Mitwirkungsraum"* besteht (FG 2). Hinsichtlich der Erfahrungen von Klassensprecher*innen und deren Übergänge in Ausbildung und Studium wurde als Herausforderung beschrieben, dass diese jungen Menschen die Schule ohne die Weitergabe von Kompetenzen und Wissen an die Nachfolger*innen verlassen (FG 2).

Gleichzeitig gibt es eine Reihe gelungener Beispiele für Jugendbeteiligung an Schulen in der Stadt Neumünster, wie zum Beispiel die Initiative des Kinder- und Jugendbeirats im Jahr 2023

[14] Das Stufenmodell der Partizipation nach der DKJS (2023), welche das Modell von Richard Schröder (1995) wiedergibt, umfasst insgesamt neun Stufen und dient der Orientierungshilfe zur Einschätzung der Qualität und Wirkung von Beteiligungsformaten. In abstufender Reihenfolge umfasst dieses Modell die Dimensionen Selbstverwaltung, Selbststimmung, Mitbestimmung und Mitwirkung, welche als echte Partizipation gewertet werden. Weitere fünf Stufen wie Information und Zuweisung, Alibi-Teilnahme oder Dekoration gehören nicht mehr in den Bereich der Partizipation.

zum Digitalpakt Schule zeigt. Die Initiative hatte den Wunsch nach mehr Information und Mitsprache, woraus eine Konferenz mit 35 Schüler*innen, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen entstanden ist (Malchow 2023). Während die Umsetzung in Form eines gemeinsamen Austauschs bei *„Kaffee und Kakao“* als *„tolle Arbeit“* bewertet wurde, wurden auch bei diesem Beteiligungsprozess die fehlenden Informationen zum weiteren Verlauf als hinderlich für die Entwicklung von Selbstwirksamkeit bewertet (FG 2).

Als weitere Herausforderungen nannten die befragten Personen, dass der Kinder und Jugendbeirat der Stadt Neumünster nicht mehr an den Begleitausschusssitzungen der Partnerschaft für Demokratie teilnimmt und Vorschläge von Jugendlichen in der Ratssitzung nicht ernst genommen werden (FG 1). Im Zuge des Werkstattgesprächs wird diese Einschätzung zurückgewiesen (WSG). In der gemeinsamen Diskussion stellt sich heraus, dass möglicherweise die formelle Sprache in kommunalpolitischen Gremien für Jugendliche schwer nachvollziehbar ist, wodurch bei ihnen das Gefühl entsteht, nicht ernst genommen zu werden (WSG).

Darüber hinaus werde in der Kinder- und Jugendarbeit die Erfahrung gemacht, dass formelle Formen der Mitbestimmung, auch wenn diese pädagogisch begleitet werden, nicht niedrigschwellig genug sind und es für etliche Kinder und Jugendlichen andere Formate und Ansätze benötigt (IV). Ein Beispiel für niedrigschwellige und aufsuchende Ansätze im Bereich der städtebaulichen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist das mit der Freiherr-vom-Stein-Schule und dem dock.24 durchgeführte Beteiligungsverfahren zur Gestaltung des Parks am ehemaligen Rangierbahnhof. Im Jahr 2024 wurden Schüler*innen nach ihren Ideen und Vorstellungen für das Gelände gefragt. Neben klassischen Befragungen bauten 60 Schüler*innen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen mit Klemmbausteinen Modelle, die auf der Werkstatt „Zukunft Park“ gezeigt wurden (TOLLERORT entwickeln & beteiligen 2025). Im Sinne der Partizipationsstufen kann dieses Projekt mindestens auf der Stufe von Mitwirkung eingeordnet werden. Selbstwirksamkeit kann aus Sicht von pädagogischen Fachkräften eben nicht nur in formellen Gremienstrukturen hergestellt werden, sondern findet oft bereits im Alltäglichen statt, wenn beispielsweise – ähnlich wie im städtebaulichen Beteiligungsprozess – ein *„Monster oder Roboter“* aus Metall unter pädagogischer Anleitung selbstständig mit einem Schweißgerät hergestellt wird (IV).

Für die Stufe der Selbstbestimmung und Selbstorganisation finden sich ebenfalls Beispiele in Neumünster. So fördert das AJZ Neumünster die Kinder und Jugendlichen darin, den selbstverwalteten Raum mitzugestalten. Gemeinsam mit den jungen Menschen findet regelmäßig ein plenumsähnliches Format statt, in dem über die Angebote und Alltagsthemen, welche die Nutzung des Ortes betreffen, diskutiert und entschieden wird. Die höchste Stufe von Jugendbeteiligung kann gegenwärtig bei Jugendinitiativen beobachtet werden. Im Zuge der Debatte um ein neues Wehrdienstgesetz, welches 2026 in Kraft getreten ist und eine verpflichtende Musterung für ab Januar 2008 geborene Männer vorsieht, hat sich in Neumünster ein Schulstreikkomitee gegründet, welches eigenständig organisiert wird. Eine Podiumsveranstaltung an einer Oberschule in Kiel, die als Austauschforum mit der EU Abgeordneten Agnes Strack-Zimmermann stattfand, zeigt allerdings, dass bei dieser Thematik auch die Gefahr besteht, dass Desinformationen im Netz verbreitet werden und radikale Gruppen eine demokratische Debatte gezielt stören (Öchsle 2026).

Mit Blick auf das Schulstreikkomitee kann allerdings davon ausgegangen werden, dass die Thematik „Wehrdienstgesetz“ insbesondere in einer Stadt wie Neumünster bei Jugendlichen präsent ist. Schließlich ist das architektonische Stadtbild seit der Aufrüstung durch die Wehrmacht in den 1930er Jahren und den damit verbundenen Bau von Kasernenanlagen geprägt. Einige dieser Standorte wurden zuletzt von der Bundeswehr zur Reaktivierung ins Gespräch gebracht, wofür sich auch der Oberbürgermeister offen zeigte (NDR 2025). Für die Jugendlichen der Stadt Neumünster, welche das „Wehrdienstgesetzt“ direkt betrifft, gibt es hier möglicherweise ebenfalls Gesprächsbedarf.

6 RESSOURCEN IN DER STADT NEUMÜNSTER

Die Stadt Neumünster verfügt mit dem Runden Tisch für Demokratie und Toleranz und dessen Bündnis bereits über ein etabliertes Netzwerk zur Prävention von Rechtsextremismus und zur Stärkung demokratischer Beteiligung. Die hier gesammelten Erfahrungen damit, breite Bündnisse aufzubauen und schnell auf die Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten zu reagieren, sind ebenso wie die langjährigen Erfahrungen des Trägers der Partnerschaft für Demokratie – KAST e.V. – in der Präventions- und Distanzierungsarbeit wichtige Voraussetzungen zur Bearbeitung der oben genannten Problemlagen. Eine Befragte Person beurteilte diese Voraussetzungen im Zuge der Fokusgruppen folgendermaßen:

> *„Neumünster hat eine lange Erfahrung, sowohl was Personen als auch was Institution angeht, mit dem Thema Rechtsextremismus … auf der Arbeits- und Praxisebene. Und das ist natürlich etwas, was Neumünster als Ressource hat“ (FG 1).*

Der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz in der Stadt Neumünster wird hinsichtlich seiner Mitgliederstruktur als einzigartig in Schleswig-Holstein betrachtet, schließlich gehören diesem alle demokratischen Parteien der Stadt Neumünster an. Dies umfasst beispielsweise die Fraktionen und Parteien Bürger für Neumünster, Die Linke Neumünster, Bündnis 90/Die Grünen sowie die FDP Fraktion Neumünster und die CDU Fraktion Neumünster. Darüber hinaus gehören religiöse Gemeinden und Einrichtungen zu den Mitgliedern des Runden Tisches. Dies umfasst Mitglieder aus sämtlichen Religionsgemeinschaften wie die Alevitische Gemeinde, die evangelisch-lutherische Bugenhagen-Kirchengemeinde, die Katholische Pfarrei Seliger Eduard Müller Neumünster, zwei Moscheen sowie die Jüdische Gemeinde Kiel. Ebenfalls Mitglieder sind Sozialverbände wie der AWO Stadtverband Neumünster, das Diakonische Werk Altholstein sowie die Gewerkschaften ver.di und DGB Neumünster. Darüber hinaus sind der Schulrat sowie einzelne Schulen der Stadt Neumünster wie die Gemeinschaftsschule Faldera oder die Waldorfschule Neumünster Mitglied beim Runden Tisch. Neben verschiedenen kleinen und großen migrantischen Selbstorganisationen etwa der Bulgarischen Gemeinschaft Neumünster e.V., der Sinti Union Schleswig-Holstein oder der syrischen Gemeinschaft bringen unterschiedliche ehrenamtliche Initiativen wie ATTAC Neumünster, Friedensforum Neumünster, Neumünster Medien e.V., der VVN-BdA sowie die Omas und Eltern gegen Rechts Neumünster ihre Perspektiven in die Diskussionen und Aktionen des Runden Tisches ein. Die kommunale Verwaltung der Stadt Neumünster ist mit unterschiedlichen Fachdiensten und dem Oberbürgermeister als ständiger Gast am Runde Tisch für Demokratie und Toleranz beratend beteiligt.

Neben den oben genannten Aktionen und Kundgebungen, die aus dem Netzwerk des Runden Tisches entstehen, tagen die Mitglieder gemeinsam mit der Stadtverwaltung und der Polizei mehrmals jährlich im Rathaus. Grundsätzlich wurde die Zusammenarbeit im Netzwerk des Runden Tisches für Demokratie und Toleranz dabei als konstruktiv eingeschätzt. Beispielsweise wurde die enge Kooperation zwischen dem Netzwerk und den einzelnen Schulen, die teils auch als ständige Gäste beteiligt sind, als wertvolle Zusammenarbeit beschrieben (FG 2).

Über den Runden Tisch hinaus wurde in Fokusgruppen und Einzelinterviews auf weitere Netzwerke und Austauschgremien der Stadt Neumünster verwiesen. Hierzu zählt etwa das Forum der Vielfalt der Stadt Neumünster, welches ebenfalls Mitglied beim Runden Tisch für Demokratie und Toleranz ist und dort sowie darüber hinaus die Interessen der Einwohner*innen mit Migrationsgeschichte vertritt. Ebenfalls wurde das Netzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage als wertvolle Ressource beschrieben und auf eine engagierte Kirchengemeinde der Stadt hingewiesen. Besonders hervorgehoben wurden einzelne Pastor*innen und Gemeindereferent*innen für den Bereich Ehrenamtskoordination und Prävention, die als sehr engagiert für die in den Fokusgruppen genannten Themenbereiche betrachtet wurden (FG 2). Je nach Arbeits- und Interessengebiet wurden von den Befragten weitere Netzwerke wie die AG Kinder und Jugend oder auch „Die Nähmaschine“ als literarisch-künstlerisches Netzwerk der Stadt Neumünster genannt.

Aufgrund der besonders hohen Beteiligung von hauptamtlichen Fachkräften aus dem Schulkontext sowie der Kinder- und Jugendsozialarbeit kann insbesondere für diesen Bereich ein dezidiertes Feld an Ressourcen aufgezeigt werden. Als wertvoll für die Bearbeitung der genannten Problemlagen und Herausforderungen wurde etwa die kulturelle und demokratische Bildung an Schulen erachtet.

Konkrete Ansprechpersonen finden sich über die Koordinierungsstellen der Stadt Neumünster, speziell die Ansprechpartner*in für kulturelle Schulentwicklung oder das städtische Kulturbüro. Letzteres ist auch Ansprechpartner*in für das KulturTeil-Netzwerk, welches das Ziel verfolgt, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund den Zugang zu kultureller Bildung zu ermöglichen. Aus dem Feld der kulturellen Bildung sind laut den Befragten in den letzten Jahren vielfältige Ansätze entstanden, die als wichtige Ressource bewertet werden. So etwa Ansätze der Erinnerungsarbeit, wie etwa das Projekt „Memorials“ zur Deportationsgeschichte während des Nationalsozialismus in Neumünster oder mit der Initiative Stolperstein e.V. durchgeführte Schulprojekte.

Wichtige Ansätze im Bereich der politischen Bildung entstehen in den Schulen Neumünsters auch durch die Stiftung *„Lernen durch Engagement“*. Die von der Stiftung geförderte Lehr- und Lernform unterstützt Schüler*innen dabei, ihre eigenen Projekte zu gestalten. Durch die Verbindung von gesellschaftlichem Engagement und fachlichem Unterricht zielt die Methode des „Service Learning“ auch darauf, demokratische Selbstwirksamkeit zu erfahren. In Neumünster integrieren verschiedene Schulen, wie die Elly-Heuss-Knapp-Schule, die Alexander-von-Humboldt-Schule oder die Wilhelm-Tanck-Schule die Methode im Schulalltag und setzen Projekte im Rahmen von *„Lernen durch Engagement“* um.

Für die Jugendlichen der Stadt Neumünster sind Fußball- und Bolzplätze sowie die Holsten-Galerie pädagogisch unbegleitete Orte, an denen sie ihre Freizeit verbringen. Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wie das Dock.24, der Jugendverband Neumünster (JVN) und das AJZ Neumünster sind hingegen wichtige pädagogisch begleitete Räume. Diese Angebote bauen überwiegend auf einer Komm-Struktur auf, sodass die Nutzung unter Umständen stadtteilbezogen ist und von der Bekanntheit bei den Jugendlichen abhängt (FG 2).

Mit Blick auf die Ressourcen wurden im Rahmen der Fokusgruppen und Interviews auch konkrete Wünsche und Bedarfe genannt. So wurde sich unter anderem ein weiterführender Austausch mit dem Kreissportverband gewünscht, welcher bereits Mitglied im Runden Tisch für Demokratie und Toleranz ist, um diesen für gemeinsame Projekte zu gewinnen (FG 2). Die befragte jugendliche Person wünschte sich eine Öffnung der Sportplätze außerhalb der regulären Schulzeiten, um diese auch in der Freizeit nutzen zu können (IV). Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass im Rahmen von Projektmittelvergabe und Förderanträgen bei Formalitäten die Unterstützung für migrantische Selbstorganisationen wichtig ist (IV).

7 STRATEGIEN, BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN

Ausgehend von den bereits dargestellten Herausforderungen und Handlungsansätzen sowie den gesammelten Ressourcen werden im Folgenden die Bedarfe zusammengefasst und Empfehlungen sowie weiterführende Hinweise für die weitere Entwicklung von Maßnahmen abgeleitet. Die hier dargestellten Empfehlungen sind als Inspiration und Reflexionsgrundlage für die gemeinsame Weiterentwicklung im Bündnis zu verstehen. Es handelt sich nicht um konkrete Handlungsaufforderungen an die Partnerschaft für Demokratie.

Kooperation mit bestehenden Netzwerken der Stadt

Wie deutlich geworden ist, verfügt die Stadt Neumünster bereits über eine gut vernetzte Zivilgesellschaft, die im konstruktiven Austausch mit der Stadtverwaltung zu den Themen Demokratiebildung und Rechtsextremismusprävention steht. Die Strategie der Partnerschaft für Demokratie sollte daher sein, gemeinsam mit der Regiestelle für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie dem Runden Tisch für Demokratie und Toleranz zu prüfen, inwieweit die Kooperation vor Ort ausgebaut werden kann. Das kann konkret bedeuten, dass die Partnerschaft für Demokratie sich regelmäßig an den Sitzungen beteiligt und die Aktionen des Runden Tisches unterstützt. Darüber hinaus kann eine engere Kooperation bedeuten, dass der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz zukünftig einzelne Aufgaben wahrnimmt, für welche die Partnerschaft für Demokratie ein kommunales Netzwerk aufbauen soll.

Angesichts der vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen besteht die Herausforderung in der Stadt Neumünster, dass der Aufbau eines kommunalen Netzwerks (Bündnis) für die Partnerschaft für Demokratie als Doppelstruktur zum Runden Tisch für Demokratie und Toleranz fungiert. Der Aufbau von Doppelstrukturen sollte allerdings vermieden werden, um die Ressourcen in Neumünster zu schonen. Damit dies gelingt, sollte auf mehreren Ebenen ein Entscheidungsprozess über den Aufbau eines kommunalen Netzwerks (Bündnis) bzw. die Vermeidung von Doppelstrukturen in Gang gesetzt werden. Dies betrifft zum einen das federführende Amt und die Koordinierungs- und Fachstelle sowie in zweiter Instanz die Regiestelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (BAFzA). Gemeinsam sollten diese drei Stellen eruieren, welche Anforderungen an das kommunale Bündnis gestellt werden und inwiefern der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz diese Aufgaben (in Teilen) übernehmen kann. Darüber hinaus sollte geprüft werden, inwiefern der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz die Rolle als Bündnis übernehmen möchte und könnte. Hierfür sollten Zuständigkeiten und Aufgaben des kommunalen Bündnisses durch die Koordinierungs- und Fachstelle transparent kommuniziert werden sowie eine demokratische Abstimmung in Form einer Beschlussfassung unter den Mitgliedern des Runden Tisches erfolgen. Sollte der Runde Tisch für Demokratie und Toleranz zukünftig (in Teilen) die Aufgaben des kommunalen Bündnisses in der Stadt Neumünster übernehmen, ist es sinnvoll, konkrete Vereinbarungen zur Kooperation zu treffen.

Konkret würde eine solche Kooperation zukünftig bedeuten, dass die Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse für eine der folgenden Sitzungen des Runden Tisches aufbereitet und präsentiert werden, um gemeinsam mit allen Mitgliedern ein kommunales Handlungskonzept zu entwickeln. Darüber hinaus kann unter Berücksichtigungen der Förderrichtlinien eine Vereinbarung zur Aussprache von Förderempfehlungen für die Partnerschaft für Demokratie entwickelt werden.

Überregionale Netzwerke ausbauen

Darüber hinaus sollte die Partnerschaft für Demokratie den überregionalen Austausch suchen. Konkret kann der Ausbau überregionaler Netzwerke zum Beispiel bedeuten, mit Akteuren wie der „Regionalkonferenz Rechtsextremismus und Demokratiestärkung“ zusammenzuarbeiten und die Kontakte nach Neumünster zu stärken. Seit 2012 finden die Regionalkonferenzen in unterschiedlichen Städten und Gemeinden des norddeutschen Raums statt. Eine gemeinsame Umsetzung einer zukünftigen Regionalkonferenz in der Stadt Neumünster, initiiert und

koordiniert durch die Partnerschaft für Demokratie und in Zusammenarbeit dem Runden Tisch für Demokratie und Toleranz bietet sich auch inhaltlich an. Schließlich sind die Aktivitäten im Zusammenhang mit Rechtsaußen-Parteien, wie sie zuletzt in Neumünster beobachtet werden konnten, für den gesamten norddeutschen Raum von Bedeutung. Darüber hinaus könnte eine solche überregionale Vernetzung bedeuten, gemeinsam mit den Arbeitsgruppen des Runden Tisches gelungene Aktionen wie *„Demokratie ist, wenn…“* oder die Erfahrungen von *„Vielfalt trifft Engagement“* anderen Kommunen nahezubringen, um Transfer zu ermöglichen sowie Anregungen und Impulse zur Weiterentwicklung zu erhalten.

Schutzkonzepte entwickeln

Die Einschüchterungsversuche gegenüber der Jugendarbeit sowie engagierten Gruppen sollten frühzeitig als Anlass genommen werden, um geeignete Konzepte zum Schutz der Betroffenen zu entwickeln. Ein geeignetes Schutzkonzept sollte jedoch passgenau an die Kontexte und Situationen abgestimmt sein. Für die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie die Bedrohung von Mitarbeitenden bedeutet ein Schutzkonzept etwas anders als der Schutz der Persönlichkeitsrechte von Kindern bei öffentlichen Veranstaltungen. In diesem Kontext kann für Betroffene auch der Umgang mit solchen Vorfällen zur Herausforderung werden. In manchen Fällen kann daher ein Handlungsleitfaden hilfreich sein, der aufzeigt, welche Schritte in welchem Fall der Bedrohung eingeleitet werden können oder sollen. Eine Anregung geben Broschüren und Publikationen aus der jüngsten Vergangenheit, welche das Erfahrungswissen bündeln und in Form von Leitfäden und Checklisten für Einrichtungen geschrieben wurden, die zur Zielscheibe feindlicher Angriffe wurden (Aktion Zivilcourage 2025; Camino 2025b; Amadeu Antonio Stiftung 2026). Für die Partnerschaft für Demokratie der Stadt Neumünster kann eine mögliche Aufgabe darin bestehen, mit den betroffenen Einrichtungen und Akteuren der Stadt Neumünster ins Gespräch zu gehen und diese bedarfsorientiert bei der Entwicklung eigener Schutzmaßnahmen zu unterstützen.

Counterspeech im Netz positiv und empathisch gestalten

Der Onlineauftritt von Neumünster TV und dessen Beiträge über die Aktionen des Runden Tisches für Demokratie und Toleranz zeigen, dass Deutungskämpfe um demokratische Werte teils in polarisierende und hitzige Debatten in den Kommentarspalten münden. Deshalb sollte auch Counterspeech (Gegenrede) im Netz gut gemacht sein, um unbeteiligte Dritte und Mitlesende mit einer demokratischen Botschaft zu erreichen. Die Partnerschaft für Demokratie kann hierzu gemeinsam mit Neumünster TV Projekte und Maßnahmen erproben, in denen Menschen Strategien für positives und empathisches Counterspeech entwickeln können. Bereits im Zuge des Werkstattgesprächs wurde die Idee gemeinsamer Workshops etwa für Politiker*innen der Stadt Neumünster formuliert, um die Präsenz von demokratischen Inhalten im Netz zu erhöhen. Die Counterspeech-Workshops könnten darüber hinaus weitere Zielgruppen ansprechen.

Passgenaue Formate entwickeln

Ein „Counterspeech-Workshop“ kann als Angebot jedoch nur dann gelingen, wenn sich Menschen davon abgeholt sehen. Die Diskussion unterschiedlicher Ansätze und Strategien der Zielgruppenansprache hat gezeigt, dass passgenaue Formate bedarfsorientiert gestaltet sind. Um demokratische Beteiligung in der Stadt Neumünster zu fördern, wurde im Zuge des Werkstattgesprächs auch festgehalten, Angebote attraktiv, niedrigschwellig, ohne abgehobene Sprache und alltagsnah, d.h. abseits formeller politischer Institutionen zu gestalten. Das könnte bedeuten, die Themen bei der Aktion *„Vielfalt trifft Engagement“* aufzugreifen und beispielsweise in ein Format der politischen oder kulturellen Bildung zu übersetzen. Während des Werkstattgesprächs wurde auch ein Onlineaufruf über Neumünster TV diskutiert, um Jugendliche und junge Erwachsene nach ihren Themen für Projekte zu fragen, welche aus dem Jugendfonds der Partnerschaft für Demokratie finanziert werden können. Bei einem solchen Aufruf sollten allerdings auch die Ressourcen für eine Moderation der Beiträge in den Kommentarspalten und eine Aufbereitung der Vorschläge berücksichtigt werden. Letzteres ist insbesondere wichtig, um zeitnah

und transparent darüber zu informieren, wie diese Vorschläge weiterverfolgt werden. Wichtige Zugangswege in der konkreten Projektumsetzung können dann, je nach Zielgruppe des Angebots, pädagogische und bildungsorientierte Institutionen sein, wie z.B. Schulen oder Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Denkbar sind auch stadtteilbezogene Einrichtungen wie das Begegnungszentrum in Gadeland oder das Begegnungszentrum in Faldera, bei dem das Seniorenbüro seinen Sitz hat.

Dialog mit Politik für junge Menschen ermöglichen

In der Stadt Neumünster gibt es unterschiedliche Möglichkeiten für pädagogische und politische Kräfte, sich mit den Zukunftssorgen der Schüler*innen zu beschäftigten, ihnen zuzuhören und gemeinsam geeignete demokratische Mittel zur Artikulation der damit verbundenen politischen Ideen zu finden. Eine Möglichkeit für Lehrkräfte besteht beispielsweise darin, das Thema „Wehrdienstgesetz“ mit ihren Schüler*innen im Rahmen einer „Politischen Stunde“ vorzubesprechen und bei Bedarf ein Schulprojekt mit Politiker*innen zu gestalten – ähnlich zur Podiumsdiskussion in Kiel und vergleichbar mit der Initiative *„DialogP – Jugend und Politik im Dialog“*. In Schleswig-Holstein wird das Schulprojekt *DialogP* durch das Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur gefördert. Das Projekt zielt auf ein Veranstaltungsformat ab, das durch Hilfestellung und die Recherche von Argumenten eine Diskussion mit Abgeordneten ermöglicht. In dieser können konkrete politische Fragen in einem Dialog auf Augenhöhe diskutiert werden. Mit dem Schulstreikkomitee besteht gegenwärtig in Neumünster eine konkrete Struktur, mit der eine politische Debatte über die Zukunftssorgen von Schüler*innen geführt und die in einen demokratischen Austausch beispielsweise mit Landtagsabgeordneten einbezogen werden kann.

Ressourcen-Sharing und Online-Bibliothek der Dinge aufbauen

Die Partnerschaft für Demokratie kann zudem den Wunsch nach einem Ressourcen-Sharing aufgreifen. Hierzu könnte die Partnerschaft für Demokratie eine „Bibliothek der Dinge“ auf ihrer Website aufbauen. Über diesen Zugriff können interessierte Bürger*innen und engagierte Akteure der Stadt Neumünster geteilte materielle Ressourcen in der Stadt Neumünster einfach finden. Hierunter können beispielsweise Leihfahrräder, insbesondere auch Lastenräder und kostenlose Seminarräume fallen. Ebenfalls hilfreich wären technische Ressourcen aller Art von der Beschallungsanlage bis zum Videoequipment. Hierbei sollte sichergestellt sein, dass die beteiligten Einrichtungen und Institutionen ihre Ressourcen auch kostenlos an Nutzer*innen für demokratische Aktionen verleihen. Darüber hinaus gilt es eigene Ressourcen einzuplanen, um eine „Bibliothek der Dinge“ fortlaufend zu pflegen und zu aktualisieren. Im besten Fall kann über das Ressourcen-Sharing auch ein Austausch zwischen interessierten Bürger*innen, einzelnen Akteuren und sozialen Einrichtungen gefördert werden.

8 ANHANG

Fragenkatalog des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend für eine Situations- und Ressourcenanalyse

Analyse der Ist-Situation, Probleme und Herausforderungen

1. Welche Faktoren prägen maßgeblich den Raumkontext (z.B. Einwohnerzahl, demographische Entwicklung, wirtschaftliche Situation, politische Einstellungsmuster, Wahlverhalten, politisch motivierte Kriminalität)
2. Welche Problemlagen, die in einem Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stehen (Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen), existieren vor Ort (in der Kommune bzw. Gemeinde bzw. Region)?
    a. Gibt bzw. gab es konkrete demokratiefeindliche, vielfaltablehnende und/oder (rechts-)extremistische Vorfälle bzw. Angriffe?
    b. Inwiefern manifestieren sich gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsvorstellungen vor Ort? Welche Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten vor Ort auf?
    c. Gibt/gab es im Rahmen der vergangenen drei Jahre gezielte Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteure, Amtsträger*innen und/oder andere Akteur*innen?
    d. In welchen Sozialräumen (z.B. Stadtteilen, ländlichen Regionen, örtlichen Hotspots) sind die Probleme zu verorten?
    e. Welche Probleme sind besonders gravierend, welche haben Priorität?
3. Welche Ursachen lassen sich für diese Probleme identifizieren?
   Welche Kontext- und Rahmenbedingungen ermöglichen bzw. begünstigen die identifizierten Probleme (Einflussfaktoren auf Gelegenheitsstrukturen)?
   Welche mittelfristigen Entwicklungsszenarien sind wahrscheinlich und sollten vorsorglich und vorausschauend in den Blick genommen werden?
4. Inwiefern erschweren spezifische Akteur*innen oder Netzwerke eine konstruktive Bearbeitung der identifizierten Problemlagen? Welche Akteur*innen tragen zu den identifizierten Problemen bei?

Analyse der Ressourcen, Bedarfe, Potenziale

5. Welche Akteur*innen und Netzwerke der demokratischen Zivilgesellschaft (auch: Bürger*innen-Bündnisse, Vereine etc.) sind vor Ort präsent, die zu einer konstruktiven Bearbeitung und Lösung der Probleme beitragen bzw. beitragen können?
6. Welche kommunalpolitischen Akteur*innen, Organisationen und Institutionen können zu einer konstruktiven Bearbeitung der identifizierten Probleme beitragen?
7. Wie kann die sektorübergreifende Kooperation zwischen Verwaltung, Zivilgesellschaft und ggf. auch Sicherheitsbehörden vor Ort gestärkt werden?
8. Welche Unterstützung benötigen Akteur*innen bei der Entwicklung und Durchführung gemeinsamer Handlungsstrategien vor Ort? Welcher Bedarf existiert? Besteht Bedarf an dezidierten Schutzangeboten für exponierte Akteur*innen? Wenn ja, welche?
9. Welche Angebote der Unterstützung (auch: Beratung, Fortbildung, Qualifizierung, Schutz) eröffnen sich durch die überregionale Vernetzung, insbesondere mit anderen Partnerschaften für Demokratie und den Ländern (Landes-Demokratiezentrum, mobile Beratung etc.)?
10. Welche Ansätze und Maßnahmen (auch aus anderen Kommunen bzw. Regionen) bieten sich zur Bearbeitung der Problemlagen an?
11. Welche Angebote und Möglichkeiten der Partizipation und demokratischen Gestaltung gibt es vor Ort? Können diese zur Lösung der Problemlagen zielführend eingesetzt werden?

9 QUELLEN UND LITERATUR

AfD Landesverband Schleswig-Holstein (2026): Wer kümmert sich um unsere Jugendlichen? https://t1p.de/d7edv, 11.06.2026.

Aktion Zivilcourage (2025): Zivilgesellschaft stärken und schützen. Ein Praxisleitfaden für kommunale Schutzkonzepte bei Bedrohungen gegen zivilgesellschaftlich Engagierte. https://t1p.de/b9jsj, 15.06.2026.

Amadeu Antonio Stiftung (2026): Angriffe auf die Zivilgesellschaft: Ein Leitfaden für mehr Sicherheit und Handlungsfähigkeit. https://t1p.de/erzuh, 15.06.2026.

Bertelsmann Stiftung (o.J.): Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/kommunen/neumuenster, 05.06.2026.

Breidscheid, Dana (2022): Martin Lichtmesz: Die Hierarchie der Opfer. In: Meiering, David (Hg.): Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten'. Wiesbaden, S. 375–383.

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2026): Partnerschaften für Demokratie. Berlin. https://t1p.de/m50wy, 05.06.2026.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2008): Vielfalt tut gut: Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Berlin. https://t1p.de/qygqv, 05.06.2026.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2023): Positive Effekte von Bürgerhaushalten Ein Blick in die Wissenschaft. https://t1p.de/6so5y, 15.06.2026.

Camino (2025a): Herausforderungen und Strategien der Extremismusprävention. Berlin. https://t1p.de/qcye4, 15.06.2026.

Camino (2025b): Was tun bei queerfeindlichen Vorfällen? Hinweise für Einrichtungen der Zivilgesellschaft. https://t1p.de/etj9w, 15.06.2026.

Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (2025): Achtungszeichen! Begriffe und Sprache der Neuen Rechten. https://t1p.de/oo508, 11.06.2026.

Daubner, Gregory (2024): „Geheimes" AfD-Treffen: Proteste und Polizei in Neumünster. In: NDR. https://t1p.de/aiulb, 15.06.2026.

Der Landeswahlleiter des Landes Schleswig-Holstein/Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2025): Bundestagswahl in Schleswig-Holstein 2025. Amtliches Endergebnis von Neumünster, Stadt vom 23. Februar 2025. Hamburg. https://t1p.de/mcu6n, 05.06.2026.

DKJS (2023): Von Fremdbestimmung bis Selbstverwaltung: Die Stufen der Beteiligung als Handlungsorientierung. https://t1p.de/b91mw, 15.06.2026.

generation.sh (2026): Verlagstreffen in Altenburg. Gute Gespräche, gutes Bier, gute Bücher – wir freuen uns auf nächstes Jahr. https://t1p.de/q10bg, 11.06.2026.

Halasz, Gabor (2025): Das Ende der „Jungen Alternative". In: Tagesschau. https://t1p.de/5xll9, 15.06.2026.

Harding, Hannes (2023): Wer den Klimabürgerrat ernst nimmt, muss Taten folgen lassen. In: shz. https://t1p.de/16r0p, 15.06.2026.

Harding, Hannes (2026a): Wie die AfD-Kaderschmiede in Neumünster beginnt, den „vorpolitischen Raum" zu besetzen. In: shz. https://t1p.de/0ucgc, 15.06.2026.

Harding, Hannes (2026b): Jugendzentrum AJZ in Neumünster: Mitarbeiter fühlen sich aus rechter Szene bedroht. In: shz. https://t1p.de/fc2y1, 15.06.2026.

Krieg, Yvonne/Beckmann, Laura/Kliem, Sören (2019): Regionalanalyse Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2018. Hannover. https://t1p.de/q769r, 24.11.2025.

Kulturstiftung des Bundes (o.J.): Neuland Neumünster. Migrationsgeschichten einer Stadt (2015-2020). https://t1p.de/m7gur, 05.06.2026.

Malchow, Grischa (2023): Für Monitore, Tafeln, W-Lan: Neumünster erhielt bereits einen Millionenbetrag. In: shz. https://t1p.de/ok0lf, 15.06.2026.

Matuschek, Peter (2019): Mögliche Ursachen für die rückläufige Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen - einige Befunde aus der Wahlforschung. In: Vetter, Angelika/Haug, Volker M. (Hg.): Kommunalwahlen, Beteiligung und die Legitimation lokaler Demokratie: Tagungsband. Wiesbaden, S. 42–73.

Meiering, David (Hg.) (2022): Schlüsseltexte der ‚Neuen Rechten': Kritische Analysen antidemokratischen Denkens. 1. Auflage. Wiesbaden.

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein (2025): Verfassungsschutzbericht 2024 Schleswig-Holstein. Kiel.

Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein (2026): Verfassungsschutzbericht 2025 Schleswig-Holstein. Kiel.

Museum Tuch+Technik (o.J.): Den Faden aufnehmen. Textil- und Stadtgeschichten aus Neumünster. Neumünster. https://t1p.de/u6atf, 05.06.2026.

NDR (2024): AfD-Treffen: Proteste begleiten geplante „Vernetzung" in Neumünster. https://t1p.de/dk02l, 15.06.2026.

NDR (2025): Bundeswehr will Standorte reaktivieren: Einige Kommunen in SH ratlos. https://t1p.de/jrzpu, 15.06.2026.

NDR (2026a): Skandal um NS-Parole: Kevin Dorow darf AfD-Mitglied bleiben. https://t1p.de/7y3mp, 15.06.2026.

NDR (2026b): Neumünster: AfD gründet neue Jugendorganisation in SH. https://t1p.de/e3d8v, 15.06.2026.

Neumünster TV (2026): Der Runde Tisch für Toleranz und Demokratie Neumünster ruft für Sonntag, 18. Januar 2026, um 11:00 Uhr zu einer Kundgebung in der Christianstraße 160–164 (24534 Neumünster) auf. Hintergrund ist die Gründung einer AfD-Jugendorganisation. [...]. https://t1p.de/83npl, 11.06.2026.

Nickschas, Jim-Bob/ARD-Hautpstadtstudio (Hg.) (2024): TikTok drosselt Reichweite von AfD-Politiker Krah. In: Tagesschau. https://t1p.de/ks5pq, 15.06.2026.

Öchsle, Christian (2026): Wehrdienst-Debatte: Schüler diskutieren mit Strack-Zimmermann. In: NDR. https://t1p.de/e1cna, 15.06.2026.

Öztürk, Cemal/Pickel, Susanne (2024): Die Gefahr der Co-Radikalisierung: Wie sich Muslimfeindlichkeit und Islamismus in Deutschland wechselseitig verstärken. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, Jg. 8, H. 2, S. 197–239.

Runder Tisch für Toleranz und Demokratie Neumünster: AG Rechtsextremismus (2026): Wahlstudio am 27.01.2026. Neumünster. https://t1p.de/be3yh, 05.06.2026.

Salzborn, Samuel (2018): Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Rechte? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? Begriffsverständnisse in der Diskussion. In: Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit. Düsseldorf, S. 5–9.

Schäfer, Armin (2008): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. https://t1p.de/hq9w7, 24.11.2025.

Schlesig-Holstein Magazin/NDR (2025): 2.000 Menschen protestieren gegen AfD-Demo in Neumünster. In: ARD-Mediathek. https://t1p.de/63reu, 15.06.2026.

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2023): Drucksache 20/774 Kleine Anfrage des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport: Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts“ sowie Hassdelikte im Jahr 2022. Kiel.

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2024): Drucksache 20/1898 Kleine Anfrage des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport: Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts“ sowie Hassdelikte im Jahr 2023. Kiel.

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2025): Drucksache 20/3006 Kleine Anfrage des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (MIKWS): Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts“ sowie Hassdelikte im Jahr 2024. Kiel.

Schleswig-Holsteinischer Landtag (2026): Drucksache 20/4130 Kleine Anfrage des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD) und Antwort der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport (MIKWS): Von der Polizei registrierte Straftaten im Bereich der „Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts“ sowie Hassdelikte im Jahr 2025. Kiel.

Schröder, Carl Philipp (2026): Regionalanalyse zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2025. Hannover. https://t1p.de/5fpdi, 05.06.2026.

Stadt Neumünster (2021): Oberbürgermeisterwahl 2021. Endergebnis von Neumünster vom 09.05.2021. Neumünster. https://t1p.de/77qx0, 05.06.2026.

Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik (2026a): Bevölkerungsentwicklung in den statistischen Stadtteilen Neumünsters (Stand: 31.12.2025). Neumünster. https://t1p.de/d0ecm, 05.06.2026.

Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik (2026b): Einwohner*innen am 31.12.2025 nach Migrationshintergrund und Stadtteilen. Neumünster. https://t1p.de/22tp2, 05.06.2026.

Stadt Neumünster, Fachdienst Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1. Allg. Finanzwirtschaft, AG Statistik (2026c): Einwohner*innen am 31.12.2025 nach den häufigsten Staatsangehörigkeiten und Stadtteilen. Neumünster. https://t1p.de/hktnt, 05.06.2026.

Stadt Neumünster, FD Haushalt und Finanzen, Abt. 20.1.03 Statistik (2023): Bevölkerungsentwicklung in den statistischen Stadtteilen Neumünsters (Stand: 31.12.2022). Neumünster. https://t1p.de/lmvk0, 05.06.2026.

Stadt Neumünster/Der Oberbürgermeister (2024): Neumünster, sag mir... - Kennzahlenbericht 2024. Neumünster.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2008): Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und Kreiswahl in den Kreisen in Schleswig-Holstein am 25. Mai 2008 – Endgültiges Ergebnis der Sitzverteilung –. Hamburg. https://t1p.de/dno1i, 05.06.2026.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2013): Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am am 26. Mai 2013. Endgültige Ergebnisse. Hamburg. https://t1p.de/1ii5r, 05.06.2026.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2023): Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2018. Endgültige Ergebnisse. Hamburg. https://t1p.de/yigya, 05.06.2026.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2025): Statistisches Jahrbuch Schlesig-Holstein. Berichtsjahr 2023. Hamburg. https://t1p.de/xaht0, 14.04.2026.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2026): Der Durchschnittsmensch in Deutschland. https://t1p.de/cl3rb, 13.04.2026.

Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin.

SVR (2022): Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Eintrübungen. SVR-Integrationsbarometer 2022. Berlin. https://t1p.de/vepzv, 05.06.2026.

TOLLERORT entwickeln & beteiligen (2025): Park am ehemaligen Rangierbahnhof Bericht zur öffentlichen Beteiligung. Hamburg. https://t1p.de/bddlh, 11.06.2026.

Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. (2025): Monitoring für die Jahre 2020 bis 2025. https://t1p.de/1obm9, 15.06.2026.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Achour, Sabine (2023): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. 2. korr. Auflage. Bonn.

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE